

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1925**

3.4.1925 (No. 93)

# Badischer Beobachter

Ercheint einmal wöchentlich, auch Sonntags (als Morgenblatt). Beilagen: „Blätter für den Familienkreis“, „Kunst und Wissen“, „Frauenrubrik“ und „Sterne und Blumen“. Schluss der Abgabe: nachm. halb 6 Uhr. — Druckort: Karlsruhe. — Verleger: Carl Neumann, Neudammstr. 10. — Preis: 1 Pf. — Abbestellungen können nur bis zum 25. auf der Monatsliste erfolgen. Anzeigenpreis: 1 Pf. pro Zeile und Tag. — Klein- und Familien-Anzeigen 5 Pf. — Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Tarif-Rabatt, der bei besonderer Verbreitung und bei Kontant bezahlung.

## Die Verwirrung im Jarresblock. Gemeinsames Vorgehen der Verfassungsparteien.

### Nein!

Von einer besonderen Seite wird uns geschrieben:

Es fängt bereits an mit den Versuchen, das Zentrum zu zerplündern. Dieselbe Presse, die sich in der letzten Zeit nicht genug tun konnte, Marx und die Zentrumspartei geradezu unflätig zu beschimpfen, die wie die „Kreuzzeitung“ als führendes und offizielles Blatt der Deutschnationalen Volkspartei, gerade die Persönlichkeit von Marx auf das schamloseste attackierte, die mit daran schuld ist, daß auf Grund ihrer fanatischen Behauptung in Preußen eine arbeitsfähige Regierung nicht zustandegebracht werden konnte, ist nun dabei, mit abgeschwächten Redungen und Schmiedeleien das Zentrum für eine Sammelkandidatur in ihrem Sinne zu gewinnen. Man bedient sich dabei einer geradezu kindlichen Taktik. Einmal redet man den Sozialdemokraten zu, daß sie doch unmöglich als stärkste Partei auf Braun verzichten könnten, den sie als den besten Mann bezeichnet hätten! Die deutschnationalen Blätter dieses Schlages, namentlich der „Berliner Sozialanzeiger“, fordern die Sozialdemokraten geradezu auf, Braun wieder aufzustellen. Gegen das Zentrum wird in verächtlicher Weise gearbeitet, einmal wird vor Marx grübelig zu machen gesucht, weil — die Sozialdemokratie an Stimmen gewonnen hat! Zum anderen wird geringschätzig über die „katholische Sonderkandidatur Marx“ hinweggegangen, die „ohne Interesse“ sei. Auch das ist eine Neuerung aus dem Abgänger des „Sozialanzeigers“, dem „Tag“, der sich dabei noch folgende Verhöhnung der Zentrumswähler leistet. Er sagt: „Die Schäflein sind ohne Widerspruch in die Herde gegangen. Diese Schäflein, die nichts von der treuhäufigsten Kraft des eigenen politischen Willens fühlen, werden auch das nächste Mal in die Herde laufen, auch in eine andere, wenn's anders befohlen wird.“

Im übrigen wird dann aber die Werbung bei denselben Persönlichkeiten und bei derselben Partei fortgesetzt, die man eben noch beschimpft hat. Mit einem Male hat nun nach den Versicherungen der volksparteiischen und deutschnationalen Presse das Zentrum allein das Schicksal in der Hand und allein auf das Zentrum käme es an, wie in den nächsten sieben Jahren Deutschland innen- und außenpolitisch orientiert sei. Einerseits lobend, andererseits drohend sucht man auf das Zentrum einzuwirken, und vor allem ist die Kandidatur Marx, weil für diese Kreise die gefährlichste, da sie ja am meisten Aussicht verspricht, ein Dorn im Auge.

Wir sagen zu all diesen Versuchen: Nein! Wir müßten ja nicht mehr einen Funken von Stolz und Ehrgefühl besitzen, wenn wir uns in dieser Weise schmähen, verhöhnern und sabotieren ließen, um dann sofort, wenn es einer gewissen Clique paßt, vor ihr Kotau zu machen! Wir denken nicht daran, Gewalt wissen wir uns frei von Stimmungen und Gefühlsmomenten, aber der seit Jahr und Tag gegen Marx in der deutschnationalen Presse geführte unehrliche und schamlose Kampf, die Art, wie man seine besten Absichten durchkreuzt, wie man das, was im August 1914 Wirklichkeit wurde, nämlich die Volksgemeinschaft, heute mit den abscheulichsten Worten von dieser Seite verhöhrt, begeistert und verhört, wie man von Seiten der Deutschen Volkspartei Kränze über Kränze ansetzt und Marx und die Partei nicht zum Arbeiten kommen ließ, alles das zusammen genommen kann uns gar kein anderes Wort auf die Lippen pressen als das: Nein!

Das Zentrum geht seinen Weg, den es im Interesse von Volk und Vaterland seit langem gegangen ist und auch weiterhin gehen wird, den Weg der Volksgemeinschaft.

### Die Einheitskandidatur Marx auf dem Marsch.

(Eigener Drahtbericht)

J. H. Berlin, 2. April.

Das Ergebnis der aufreißenden Verhandlungen zwischen den einzelnen Parteien läßt sich am besten auf die kurze Parole bringen: „Die Einheitskandidatur Marx ist

auf dem Marsch. Im Jarresblock dagegen Ratlosigkeit und Verwirrung wie nie zuvor.“ In der 7. Abendstunde veröffentlichte der sozialdemokratische Parteiauswärtige, der heute den ganzen Tag über beraten hatte, folgende Entschliessung:

Der Parteiauswärtige ist für die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten der Verfassungsparteien für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl, wenn durch Verhandlungen mit den Demokraten und dem Zentrum die Voraussetzungen dafür geschaffen werden können.“

Der Parteiauswärtige beschloß ferner, zur Entgegennahme des Berichts über die Verhandlungen am Freitag wieder zusammenzutreten. Damit ist der Anfang gemacht. Unter den Voraussetzungen, von denen die sozialdemokratische Entschliessung spricht, besteht man in erster Linie wohl die Regelung der Dinge in Preußen. Die Sozialdemokraten betrachten es als selbstverständlich, daß bei der Neuwahl des Ministerpräsidenten in Preußen, die nach der Ablehnung Höpfer-Schöffs morgen stattfindend wird, Otto Braun erneut wiedergewählt werden wird.

Nach Bekanntwerden der sozialdemokratischen Entschliessung veröffentlichte der Parteivorstand der Demokratischen Partei folgende Beschlüsse:

1. Der Parteivorstand billigt ausdrücklich die Haltung des Parteivorstandes bei den bisherigen Verhandlungen.
2. Der Parteivorstand bevollmächtigt den Parteivorstand, die Verhandlungen wegen der Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten der verfassungstreuen Parteien zum Abschluß zu führen und das Ergebnis am nächsten Sonntag dem Parteiauswärtigen zur Genehmigung vorzulegen.

Die Reichstagsfraktion der Demokratischen Partei schloß sich diesen Beschlüssen an. Der Parteiauswärtige wird zum kommenden Sonntag nach Berlin einberufen.

Auch der Parteivorstand des Zentrums hatte heute nachmittag im Reichstag über die Reichspräsidentenwahl beraten. Hierbei bestätigte sich die Meinung, die bereits vor einigen Tagen im engeren Vorstand zum Ausdruck gekommen war, nämlich, daß die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten zu empfehlen und daß vom Zentrum hierfür Herr Marx zu nennen sei.

Mit diesen Beschlüssen ist der Weg zur Einheitskandidatur der verfassungstreuen Parteien freigemacht. Von den verschiedensten Seiten hatte man im Laufe des heutigen Tages berichtet, die Einigung der verfassungstreuen Parteien durch allerlei Intrigen und Känkelereien zu verhindern. In besonderem Maße wurde hierfür die Frage der preussischen Ministerpräsidentenwahl von der Rechten ausgenutzt. Die Reichtsparteien, die angesichts der Einigung der Verfassungsparteien in helle Verwirrung geraten sind, versuchten mit allen Mitteln im Laufe des heutigen Tages die Demokraten dazu zu bewegen, einer Ablehnung des gemäßigten Ministerpräsidenten Höpfer-Schöffs ihre Zustimmung zu verweigern. Das ist jedoch nicht gelungen, in der heutigen Landtagsitzung wurde die Ablehnung Höpfer-Schöffs (wie auch an anderer Stelle berichtet. Red.) offiziell mitgeteilt.

Während im Lager der Verfassungsparteien die Einheitskandidatur Marx auf dem besten Wege zur Verwirklichung ist, herrscht im Jarresblock völlige Auflösung. Der bekannte Söbelleus hat sich heute Morgen in Berlin verarmelt. Die Sitzung wurde jedoch als streng vertraulich erklärt. Bezeichnenderweise hat die Bayerische Volkspartei an dieser Sitzung nicht teilgenommen. Man kam zu keinem Beschluß und hat sich bis zum Samstag vertagt, um inzwischen Herrn Jarres nach Berlin zu zitieren. Bezeichnend für die Uneinigkeit und Verwirrung im Jarresblock ist die Tatsache, daß heute in Berlin sich ein neuer Auswärtiger der bekannten nationalen Parteien gebildet hat, und zwar tagte dieser Auswärtige unter der Leitung der bekannten früheren volksparteiischen Abgeordneten Katharina v. Oheim im Hotel Adlon. Zu dieser Versammlung waren etwa 60 politische Redakteure aus der Pro-

vinz erschienen, und zwar Vertreter von Zeitungen, deren politische Richtung etwa zwischen der demokratischen und volksparteiischen Linie liegt. Auch in diesem neuen Gremium konnte man sich nicht einigen. Ein Teil der Teilnehmer vertrat die Kandidatur Geßler, ein anderer forderte Jarres, während der letzte Teil die Aufstellung des früheren Reichskanzlers Cuno forderte. Die Versammlung verlief jedoch ergebnislos. Die Verfassungsparteien haben ihre überparteilichen Besprechungen heute Abend erneut aufgenommen. Es ist anzunehmen, daß die Besprechungen morgen zur Aufstellung der Kandidatur Marx führen werden.

### Heute Ministerpräsidentenwahl in Preußen. Höpfer-Schöff lehnt ab.

Berlin, 2. April. Zu Beginn der heutigen Nachmittagsitzung des preussischen Landtags gab Ministerpräsident Dr. von Kries ein Schreiben des Finanzministers Höpfer-Schöff bekannt, in dem dieser erklärt, daß die Wahl zum Ministerpräsidenten gegen seinen Willen erfolgt sei, und daß er die Wahl nicht annehme. Der deutschnationale Abgeordnete von der Ditten wiederholte den Antrag auf Auflösung und Neuwahlen und verlangte, daß diese Möglichkeit bald und zwar zum 26. April gleichzeitig mit den Reichspräsidentenwahlen gegeben werde. Ein zweiter Wahlgang liege nicht im Interesse der Wähler und auch nicht der Parteien, da das Volk allmählich, nicht nur wahlmüde, sondern auch parteimüde werde, weil die modernen Parlamentarier mit den Interessen des Volkes schwindler treiben. Finanzminister Dr. Höpfer-Schöff, der von der Rechten mit ohrenbetäubendem Lärm empfangen wurde, erklärte, eine Opposition, die ihrerseits nicht in der Lage sei, eine Regierung zu bilden, hätte doch die Verpflichtung, der größten Gruppe des Landtages die Arbeiten zu ermöglichen, wenn diese mehrmals zu erkennen gab, daß sie diese Arbeiten wünscht. Sie habe aber wiederholt mit Hilfe der Kommunisten die Regierung zum Sturz gebracht. Auch von der Opposition werde anerkannt werden, daß die Notverordnungen notwendig gewesen sind. Der Minister bestritt, daß die Regierung hierbei verfassungswidrig vorgegangen sei; es stehe fest, daß gegen den Inhalt der Notverordnungen nichts einzuwenden sei, und im Ausschuss habe niemand etwas gegen ihren Inhalt gesagt, auch die Deutsche Volkspartei habe keine Einwände erhoben. Unter lebhaftem Beifall der Mitte und der Linken bemerkte der Minister: Der Staatsregierung, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist, darf, auch wenn sie nur die laufenden Geschäfte führt, nicht zugemutet werden, auf eine Diskussion Rücksicht zu nehmen, die die Staatsnotwendigkeiten hintansetzt. Das Staatsministerium habe getan, was seine Pflicht war. Abg. Deinert (Soz.) erklärte die Landtagswahlen am 26. April für ganz unmöglich, das wisse die Rechte selbst. Es seien gewisse Fristen vorgesehen, deren Venderzung eine Verfassungsänderung bedingen würden. Abg. Leidig (D.Vp.) erklärte, es sei die Aufgabe des Ministerpräsidenten gewesen, über die Staatsnotwendigkeiten eine Einigung der Parteien herbeizuführen und sprach den Wunsch aus, daß der Staatsgerichtshof seine Entscheidung noch vor dem 26. April träge. Darauf wurden die Beratungen abgebrochen. Die Wahl des Ministerpräsidenten steht auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung.

### Marx an die protestantische Kirche.

Berlin, 2. April. Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Der preussische Ministerpräsident Marx richtete an den Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrats D. Kapler in Berlin folgendes Telegramm: „Der heutige Tag ist für die evangelische Kirche ein bedeutender Abschnitt. Die

Staatsumwälzung brachte es mit sich, daß das Verfassungsrecht auch der evangelischen Kirche auf eine neue Grundlage gestellt werden mußte. Diese umfangreiche Arbeit, an der Sie, Herr Präsident, in Ihrer früheren Stellung in hervorragender Weise mitgearbeitet haben, ist zu Ende geführt. Am 1. April tritt die Verfassung der evangelischen Kirche in vollem Umfange in Kraft. Ihnen, als dem berufenen Leiter der evangelischen Kirche, drängt es mich, aus diesem Anlaß zum heutigen Tage namens des Preussischen Staatsministeriums die warmen Wünsche für eine segensreiche Zukunft der evangelischen Kirche auszusprechen.“

### Ein Notgesetz zur zweiten Steuer- notverordnung.

Berlin, 2. April. Im Steueranschuß des Reichstages wurde heute der Antrag Müller-Franken (Soz.) auf Abänderung der zweiten Steuernotverordnung beraten. Nach längerer Aussprache wurde folgender Antrag angenommen: Der Ausschuss richtet an die Regierung das Ersuchen, die Vorbereitungen zu treffen, daß das dringlichste Material, insbesondere der Steuerabzug vom Arbeitslohn, Umsatzsteuer und Steuerüberleitung vor der Erledigung der gesamten Steuerreform in Form eines Notgesetzes erledigt werde. Es wurde als einstimmige Auffassung des Ausschusses betont, daß die Steuererleichterung schnellstmöglich vom Reichsrat und Reichstag erledigt werden sollen.

### Die ungelöste Sicherheitsfrage Chamberlain verlangt Handlungs- freiheit.

London, 2. April. Im Unterhaus wurde heute Chamberlain gefragt, ob die Ansicht stimme, eine Konferenz abzuhalten, zu der auch Deutschland eingeladen werden würde, auf der das Fünfmächteabkommen erörtert werden soll. Chamberlain antwortete, daß die Verhandlungen noch in ihren Anfängen ständen und daß er keinerlei Voraussetzungen über die künftige Entwicklung der Dinge machen könne. Die Regierung sei bestrebt und wünsche ernstlich, daß die begonnenen Erörterungen eine Besserung der europäischen Lage bringen mögen. Die Regierung werde alles tun, was in ihrer Macht liege, um ein solches Ergebnis zu erzielen. Ich bitte das Haus, nicht von mir zu verlangen, daß ich mich auf eine bestimmte Methode festlege. Wenn ich keine Handlungsfreiheit habe, habe ich keinen Erfolg. Chamberlain lehnte es ab, sich darüber zu äußern, ob Frankreich seine Absicht dargelegt habe, sich an einer Konferenz zur Beschränkung der Rüstungen zu beteiligen.

### Italien zum Sicherheitspakt.

Berlin, 2. April. Die „Zeit“ meldet aus Rom: Bezüglich des deutschen Garantievorschlags gibt die Agenzia de Roma die Auffassung der italienischen Regierung wieder, die sich 1. für einen Pakt zwischen den fünf Mächten, 2. für das Genfer Protokoll ausspricht, 3. wünsche Italien eine vorherige grundsätzliche Verständigung zwischen Rom, London, Paris und Brüssel und alsdann eine Einladung an Deutschland, um diesen Grundsätzen zuzustimmen. Endlich wünsche Italien, daß eine Konferenz aller interessierten Staaten einberufen würde, um die Grundlinien praktisch festzulegen.

### Südslawien, Rumänien, Griechenland

Berlin, 2. April. Der „Rostocker Zeitung“ wird aus Athen gemeldet, daß die rumänische Regierung den Wunsch zu erkennen gab, dem griechisch-südslawischen Defensivbündnis beizutreten. Griechenland habe geantwortet, daß man eine engere Verbindung mit den Balkanstaaten begrüße und durchaus zu Verhandlungen bereit sein würde, sobald der neue Bündnisvertrag zwischen Griechenland und Südslawien beschlossen und unterzeichnet sein werde. Südslawien soll mit einem Anschluß Rumaniens einverstanden sein. Der rumänische Gesandte in Athen, Raskano, der sich gegenwärtig in Bukarest aufhalte, habe einen Anteil an den Vorbereitungen für diesen Anschluß Rumaniens an das Bündnis genommen. Es wird behauptet, daß von der Seite des Ministerpräsidenten Michalakoulou nach Belgrad und Bukarest der weitere Verlauf dieser Verhandlungen abhängen werde.

r. 92  
rat.  
sand  
ts.  
eterin.  
ter.  
nkunft  
ister.  
Leben  
Pferd.  
ande.  
Ewig-  
hennot.  
d. Si-  
ce.  
rierte.  
er Nu-  
ne.  
Gold.  
macht.  
n.  
hettet  
udent  
—35  
onats-  
k und  
unden  
2.90  
es  
Vol-  
60  
und  
8 Uhr.  
der  
rag  
2270  
ma  
er.  
0.50.  
er Pas-  
str. 27  
ler 6  
ab affe.  
t. 3.  
um  
8 Uhr  
m 2284  
nden  
Pierdes  
na  
mensch.  
st  
nkel.  
h.  
jahr  
in und  
abt  
teilung  
ube  
ei.

### Wird der Preussische Landtag aufgelöst?

Aus dem Preussischen Landtag wird uns geschrieben:

Die Stimmung, den Preussischen Landtag aufzulösen, ist namentlich bei den Sozialdemokraten und Demokraten, gestützt auf das Ergebnis der Wahlen für die Reichspräsidentenwahl außerordentlich groß. Schon vor dieser Präsidentenwahl haben die Deutschnationalen und Kommunisten einen Antrag auf Auflösung des preussischen Parlaments eingebracht. Die Deutschnationalen sind jetzt, nachdem das Wahlergebnis vom 29. März den Beweis erbracht hat, daß bei einer Neuwahl die bisherige Regierungsparteien eine zweifelhafte Mehrheit erhalten, nicht mehr unbedingt für die Auflösung. Es wird sogar in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß sie selber gegen ihren eigenen Antrag stimmen würden.

Die Bedenken, die einer Auflösung des Landtages gerade im jetzigen Augenblick entgegenstehen, verkennt niemand. Im Interesse einer ruhigen geordneten Entwicklung möchte man wünschen, daß auch ohne diese scharfe Maßnahme eine Verändigung unter den Parteien herbeigeführt würde. Sie müßte noch Lage der Dinge wirklich nicht unmöglich sein, denn aus dem letzten Wahlergebnis müßten tatsächlich bestimmte Konsequenzen gezogen werden. Es muß in Preußen zu einer Lösung kommen, die Vermittlungsmittel muß ein Ende haben, weder die eine noch die andere Gruppe kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen wirklich zur Arbeit kommen.

Das Schicksal des Preussischen Landtages wird sich noch in dieser Woche entscheiden. Die Staatsregierung hat nunmehr die im Ständigen Ausschuss verabschiedeten Steuer- und Finanzgesetze dem Plenum zur Genehmigung vorgelegt. Der materielle Inhalt dieser Verordnungen ist auch von den in Opposition stehenden beiden Reichsparteien durchaus gebilligt und angenommen worden. Im Ständigen Ausschuss dagegen haben gegen die Verabschiedung die Vertreter der beiden Reichsparteien Einspruch erhoben, dem sich die Kommunisten angeschlossen hatten.

Die Staatsregierung ist entschlossen, den Preussischen Landtag sofort aufzulösen, wenn die Steuer- und Finanzgesetze nicht angenommen werden. Die Staatsregierung hält diese Verordnungen, nachdem die bisherige steuerliche Regelung mit dem 31. März ihr Ende erreicht hat, im Interesse der Fortführung der Geschäfte Preußens und namentlich im Interesse seiner finanziellen Existenz für unerlässlich, sie ersucht also den dringenden Vorstoß für gegeben.

Ob der hiesigen neugewählte Ministerpräsident Höpker-Aischhoff das Amt annehmen wird, steht im Augenblick noch dahin. Sein Kabinett würde auch nur ein Übergangskabinett darstellen, bis nach Erledigung der Neuwahlen eine arbeitsfähige Regierung aus den Mehrheitsparteien gebildet werden könnte.

Der Wahltermin dürfte, da eine Zusammenlegung von Landtags- und Reichspräsidentenwahl am 26. April in weiten parlamentarischen Kreisen nicht für tunlich erachtet wird, der 7. Juni sein. An diesem Tage sollen auch gleichzeitig die Provinzial- und Kreisparlamente vorgenommen werden. Nur eine völlige Schwenkung der gegenwärtigen Opposition würde eine Entwicklung in dem eben gekennzeichneten Sinne noch aufhalten können.

### Deutschland.

#### Der deutsch-spanische Handelsvertrag abgelehnt.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter. In dem bezüglichen Reichstagsausschuss ist nach heftiger Aussprache am Mittwoch morgen der deutsch-spanische Handelsvertrag abgelehnt worden. Wenn damit auch nicht eine endgültige Entscheidung getroffen worden ist, die ja der Vollversammlung des Reichstages vorbehalten bleibt, so darf man doch über den Ernst der Situation keinen Augenblick einen Zweifel lassen. Der deutsch-spanische Handelsvertrag ist nichts gerineres als die Einleitung für ein einheitliches handelspolitisches System und von dem Schicksal dieses Handelsvertrages hängt auch der Fortgang der gerade jetzt auf ihrem Höhepunkt anhaltenden Verhandlungen über Vertragsabstände mit anderen Staaten ab. Man nimmt daher doch in unterrichteten Kreisen an, daß die letzte Entscheidung der Vollversammlung des Reichstages den jetzt getroffenen Beschluß korrigiert und diejenigen Parteien, deren Vertreter toeben gegen den Vertrag gestimmt haben, eine neue Entscheidung treffen.

Zweifellos wird der deutsche Winzerstand, der ohnehin unter einer unerträglichen wirtschaftlichen insbesondere Kapitalnot leidet, schwer durch den Vertrag getroffen. Es sind aber nicht nur spanische Weine, die auf Grund dieses Vertrages neu eingeführt würden, sondern auch die jetzt schon seit langem nach Deutschland kommenden italienischen und französischen Weine bedrängen den Absatz der deutschen Weinprodukte in ganz ungeheurem Maße.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 2. April 1925.

Am Regierungstisch: Reichsminister des Innern Schiele, Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 12.30 Uhr und teilt mit, daß der Volksrat in Danzig anlässlich des Unglücks an der Weser ein Beileidstelegramm an den Reichstag gerichtet habe. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt der Abg. Stöcker (Komm.), sofort die kommunistische Interpellation über den Sicherheitsrat zu besprechen. Seit drei Monaten verweigere man dem Reichstag eine außerpolitische Aussprache, während vom Kabinett die allerwichtigsten Entscheidungen getroffen werden. Jetzt habe man sogar die geplante Sitzung des auswärtigen Ausschusses abgelehnt. Reichsanwalt Dr. Wülfel und Dr. Stresemann müßten sofort herbeigeholt werden. Präsident Loebe stellt gegenüber dem Vorredner fest, daß der Reichstag selbst durch den Verzicht auf die Beschlüsse über den Sicherheitsrat beabsichtigt habe, von der Erörterung dieser Dinge jetzt Abstand zu nehmen aufgrund der Mitteilungen, die von der Regierung dem Reichstag gemacht wurden. (Hört, hört!) Der kommunistische Antrag findet Widerspruch und ist damit erledigt.

#### Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur.

Der Ausschuss für Bildungswesen ersucht die Reichsregierung 1. eine Novelle zum Schmutzgesetz, ferner Gesetzentwürfe zur Bekämpfung der Schund- und Schundliteratur, zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen, sowie ein Schundgesetz mit möglicher Verschärfung vorzulegen; 2. Hilfe für Jugendhilfe bis zu 18 Jahren nicht zuzulassen, wenn sie im Widerspruch mit den Erziehungszielen der Reichsverfassung stehen oder wenn sie die bestehende republikanische Staatsverfassung herabsetzen; 3. zu erwägen, bei der Verabschiedung des Reichstheatergesetzes den Schutz des geistigen Eigentums der Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten in Sachen der Nachübermittlung von Bühnenstücken zu gewährleisten. Die Abg. Gangel-Lipprecht (Dnall.) und Dr. Schreiber (Hr.) berichten über die Ausschussverhandlungen.

Abg. Dr. Schreiber (Hr.) betont, daß es hier gelte, ein wichtiges Kulturgesetz im Sinne des geistigen Eigentums des deutschen Volkes zu behandeln. Reich und Länder müßten sich zu einer großzügigen überparteilichen Kulturpflege vereinigen und gegen jede Verletzung der Rechte vorgehen. Unser Volk müßte zur Geisteskultur und zur Gemütskultur zurückgeführt werden. Nie sei unser Volk so von Schmutz und Schund überflutet gewesen wie jetzt. Das Schmutzgesetz müsse hiengefasst werden in die deutsche Kultur. Es sei Pflicht der Regierung, die Auswüchse im Reichstheater zu verhindern. In manchen Darstellungen sei das religiöse Empfinden schwer verletzt worden. Im Schmutzgesetz müsse daher die Achtung vor der Religion geordert werden. Das Theater dürfe nicht eine Stätte der oberen Gehirnschicht sein, sondern der ganzen Volksgemeinschaft.

Staatssekretär Schulz teilt mit, daß das Reichstheater- und Bühnengesetz in Vorbereitung sind. Abg. Dr. Mumm (Dnall.) ruft zu praktischer Arbeit auf. Es müsse jetzt schneller vorwärts gehen als unter den Regierungen der letzten sechs Jahre. Eine ungeheure Schmutzflut habe sich in dieser Zeit über unser armes deutsches Volk ergossen. Die gegenwärtigen Gesetze reichen bei weitem nicht aus. Bezüglich sei es, daß sogar zwei Gaumnäpfe zugelassen worden sind; man müsse gegen derartige Verletzungsercheinungen vorgehen, die nichts mit Kunst zu tun haben, sondern nur mit schmutzigen Geschäften. Die wahre Kunst habe ihre Quelle in der Religion. Die Förderung einer christlich-sozialen Kultur sei Aufgabe des Reichstages.

Abg. Schred (Soz.) gibt der Polizei den Rat, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, sich aber nicht in die Fragen des künstlerischen Emp-

findens hineinzumischen. Solange die Filmproduktion auf Profit aufgebaut sei, könne der Film nicht kulturelle Bedeutung haben. Die kapitalistische Herrschaft habe auch in der Kunstproduktion ein großes Chaos geschaffen. Den Bühnenorganisationen sei es allerdings gelungen, dieses zum Teil zu beseitigen. Der Redner warnt vor der Völkerverhetzung gegen den Film.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Bei Erledigung der Anträge auf Genehmigung der Strafverfolgung der Abg. Renzler (K.) und von Graefe (Dt. Volk.) muß Ausschuss erfolgen. Der Ausschuss schlägt vor, die Genehmigung wie üblich zu verweigern. Für diesen Antrag stimmen 201 Abgeordnete, dagegen 97, während 8 sich der Stimme enthalten. Die Fraktionen waren in dieser Frage bis auf die Sozialdemokraten und Kommunisten, die dem Ausschussantrag zustimmen, gespalten. Als der Präsident das Ergebnis der Abstimmung mitteilte, rief ein Abgeordneter, da es sich bei den Strafverfolgungen um Alkoholdelikte handelt, laut: Profit! Große Heiterkeit.

Darauf vertagt sich das Haus auf Freitag, 2 Uhr nachmittags. Tagesordnung: 3. Sitzung des Lehrgangs der Grundschule. Anträge zum Richtspruchwesen, kleine Vorlagen.

Abg. Dr. Mumm (Dnall.) wies darauf hin, daß ein Abgeordneter der Linken sich zum Grundschulgesetz bereits sechs mal zum Worte gemeldet habe. (Hört, hört! rechts.) Die Linke habe also die Absicht, ihre bisherigen Verschleppungsversuche fortzusetzen.

Präsident Loebe erklärt, es handele sich wohl nur um ein höfliches Gerücht. (Heiterkeit.)

Schluß 3.30 Uhr.

#### Der Arbeitsplan des Reichstages.

Der Vorkonferenz-Ausschuss des Reichstages hat sich in seiner Sitzung vom Dienstag darüber verständigt, bis zum Samstag, den 4. April, zu tagen und dann die Osterpause bis zum 28. April einzutreten zu lassen. In dieser Woche sollen einige sozialpolitische Angelegenheiten und sonstige Vorlagen, namentlich auch über die Grundschule erledigt und dann der Reichspostetat verabschiedet werden. Dagegen soll der Etat des Reichsaussenministeriums und des Reichswehrministeriums bis nach der Osterpause verschoben werden.

#### Die Postbestellung auf dem Lande.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages stellten die Abgeordneten Alkotte und von Guérard folgenden Antrag: Der Ausschuss wolle beschließen: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, die Postbestellung auf dem Lande der wirtschaftlichen Notwendigkeit entsprechend zu verbessern.

#### Lagung des Unterausschusses für die Aufrechterhaltung.

Berlin, 2. April. Der Reichstagsunterausschuss für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung hat heute vormittag wieder zusammen. Die Mitglieder haben inzwischen in die Affen Einsicht genommen. Der Ausschuss wird zuerst die beiden Berichterstatter hören. Berichterstatter Dr. Perltius (Hr.) geht ausführlich auf die Vorgeschichte der Mordtaten ein. Er kommt auf Grund des Studiums der Akten zu dem Schluß, daß das Reich rechtsverbindlich zur Entschädigung verpflichtet war. Auf Anfrage befragt der Berichterstatter die Richtigkeit der Ausführungen Dr. Stresemanns, daß an der Kabinettsitzung vom 20. Oktober 1923 sämtliche Minister teilgenommen haben und mit der Verpflichtung zu familiären Erklärungen einverstanden waren. Berichterstatter Dr. Herz (Soz.) behält sich seine endgültige Stellungnahme noch vor, beteuert aber die Richtigkeit der Darstellung Dr. Stresemanns. Ministerdirektor Brandt erklärt hierauf einen längeren orientierenden Bericht über den ganzen Fragenkomplex. Die Regierung sei von ihrer Verpflichtung zur Entschädigung überzeugt gewesen.

eine überparteiliche Kandidatur Jarres nie gegeben hat. Vielmehr muß man dem Tagblatt das Zeugnis ausstellen, daß es der „überparteilichen“ Kandidatur Jarres fortwährend ebenso verständnisvoll dient, wie der Bär, der dem schlafenden Einflieger mit Steinen die Fliegen vertreibt. Ob das natürliche „Geschickliche“ ist, oder ob hinter dem Gebaren des Tagblatts irgend einer der Zeitungskonzerne steht, die die deutsche Presse immer mehr in eine bestimmte politische Marschrichtung zu bringen versuchen, wollen wir hier nicht unteruchen. Aber wer ein politisches Blatt halten will, von dem er weiß, wie er mit ihm dran ist, der darf sicherlich das Karlsruher Tagblatt nicht halten.

#### Reichslandbund und Präsidentenwahl.

Der Landbund hat sich bekanntlich für die Kandidatur Jarres eingekauft lassen, wie ja die Regierung der Jarresleute darauf ausging, alle möglichen an sich weniger politischen als wirtschaftlichen Organisationen für sich einzufangen, um wenigstens dadurch der Kandidatur Jarres einen überparteilichen Anstrich zu geben, den sie im übrigen doch wirklich nicht hatte. Der Landbund in Baden hat in dieser Beziehung seinem großen Bruder in Preußen, dem Reichslandbund, folgen müssen. Der Reichslandbund hatte aber kein Recht, seinen Mitgliefern die politische Marschroute vorzuschreiben, weil in ihm Angehörige verschiedener Parteien sind.

So lesen wir in der Köln. Volksztg., daß in Schlesien eine größere Anzahl von Landwirten durch die Landbundsparole für Jarres in Verlegenheit kamen, weil sie politisch zum Zentrum gehören. Das Breslauer Zentrumblatt, die Schles. Volksztg., hat das Eintreten des Landbundes für den Kandidaten der Rechten sofort scharf kritisiert und mit der Feststellung beantwortet, daß der Landbund durch diese Parteilichkeit in weiten landwirtschaftlichen Kreisen sehr stark Boden zugunsten anderer landwirtschaftlichen Organisationen verlieren werde. Die Antwort war, so berichtet die Zfrf. Ztg. aus Breslau, eine Erklärung des schlesischen Landbundes, daß er sich bei der Präsidentenwahl überparteilich halten wolle, aber für keinen Kandidaten eintreten könne, der die Koalition mit Seignern des Privatagrarismus nicht grundsätzlich ablehne. Das war ein neuer Vorstoß gegen Jarres, wenn auch in verwickelter Form, die jetzt eine Anzahl von Zentrumsmitgliedern des Landbundes mit einer Erklärung in der Zentrumspresse beantwortet; diese Landwirte lehnen die Bindung des Reichslandbundes bei der Präsidentenwahl entschieden ab. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ein vertrauliches Rundschreiben des Landbundes, das die schlesische Bauernzeitung, ein Organ der Kleinbauernbewegung, veröffentlicht. Darin fordert der Landbund zur Bildung von Zellen in neutralen Organisationen auf, die aus zuverlässigen Mitgliefern bestehen müssen und in allen neutralen Organisationen im Sinne der Parteien der Rechten zu wirken haben. Besonders wird die Ueberwachung politischer Seignere, ferner die Verhinderung gegnerischer Versammlungen und die Vernichtung gegnerischer Druckfachen empfohlen und auch offen der Gebrauch terroristischer Mittel befürwortet. Die Veröffentlichung dieses Rundschreibens dürfte die Stimmung in preussischen Zentrumskreisen gegen den Landbund noch verschärft haben.

#### Ein deutschnationales Urteil über den Kandidaten Lubendorff.

Die Süddeutsche Zeitung schreibt in ihrer Nr. 148 in einer Wahl-Nachlese, in der sie von Verlusten der „reinen Parteikandidaturen“ spricht: Besonders auffällig sind diese auf der einen Seite bei den Kommunisten, die nahezu eine Million Stimmen eingeholt haben, auf der anderen bei den Nationalsozialisten, von der Wahlausfall ein bedauerliches Fiasco der Kandidatur Lubendorff bedeutet. Ein bedauerliches Fiasco in dem Sinne, daß der General trotz aller guten Ratschläge, die ihm von ehrlücher Freundschaft geworden sind, sich nicht hat dazu bewegen lassen, von einer von vornherein aussichtslosen Kandidatur Abstand zu nehmen. Wir hätten dem General, und jeder ehrlücher Vaterlandsfreund mit uns, die Enttäuschung gerne erspart gesehen, daß hinter dem Politiker Lubendorff nur mehr eine verschwindend kleine Minorität des deutschen Volkes steht. Das ist um so betrüblicher, als eben der Politiker und General menschlich nicht voneinander zu trennen sind, der General des Weltkrieges aber für uns eine Personlichkeit bedeutet, zu der das ganze deutsche Volk in Ehrfurcht emporschaun sollte. Dem General des Weltkrieges hätten wir es auch gerne erpart, nunmehr vor dem Ausland als ein Mann dazustehen, von dem das deutsche Volk in seiner Mehrheit nichts wissen will, denn so und nicht anders wird das Wahlergebnis im Ausland gedeutet. Lubendorff hat es nicht anders gewollt. Möchte die Enttäuschung dieses Wahlergebnisses eine Mahnung für die Zukunft werden!

#### Vielleicht erkennt man doch auch mit der Zeit in diesen Kreisen, daß Lubendorff nur durch die großen Zusammenhänge, in die er im Weltkrieg hineingestellt wurde, so arch ersehen, während er in Wirklichkeit doch viel kleiner war.

#### Um der Not der Winzer abzuhelfen, ist auf Anregung aus Parteifreien ein Betrag von 30 Millionen Mark durch die Reichsregierung zur Verfügung zu stellen in Aussicht genommen.

Die Vorarbeiten sollen auf zwei Jahre gegeben werden, um dem Winzerstande wenigstens über die größten Schwierigkeiten hinweg zu helfen und ihm wieder die Bewegungsfreiheit zurückzugeben. Die Winzer haben ein Interesse daran, möglichst rasch in den Besitz des Geldes zu kommen, um sich die gerade in der letzten Jahreszeit notwendigen Materialien und Produkte beschaffen zu können.

#### Besuch der Sowjetflotte in Kiel.

Kiel, 2. April. Die sowjetrussische Kriegsflotte beabsichtigt im Mai den Besuch der Ostseehäfen mit einem Geschwader von sechs bis acht Schiffsseinheiten. Die Fahrt soll Uebungs- und Besuchszwecken dienen, gleichzeitig aber auch Beziehungen zu den betreffenden Ländern anknüpfen. Bei dieser Fahrt soll auch der Kieler Hafen auf einige Tage angelaufen werden.

#### Poehner aus der Haft entlassen.

Berlin, 2. April. Wie die „Voss. Ztg.“ aus München meldet, ist Oberlandesgerichtsrat Poehner aus der Festungshaft in Landsberg entlassen worden und bereits in München eingetroffen. Vermutlich dürfte es sich neuerdings um einen Strafausschub wegen Erkrankung handeln.

### Baden.

#### Nervöse Stimmungsmache.

Je mehr die Möglichkeit einer Sammelkandidatur der Weimarer Koalition d. h. des

Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten zur Wirklichkeit zu werden Aussicht hat, desto nervöser geben sich so manche Blätter des sogenannten Reichsblocks. Da ist z. B. das Karlsruher Tagblatt, dessen Beziehung allen möglichen politischen Lagern angehört. Es ist bloß dadurch in so manchen Haus und so manche Familie gekommen, daß es sich politisch neutral gab, oder es mindestens im Zweifel ließ, welcher Partei es zugehöre. Seit Wochen schwimmt es aber jetzt im Karrestum und hat sich ihm — ohne jede Rücksicht auf die politische Zugehörigkeit seiner Leser — völlig verschrieben. Auf die erste Wahl hin hat es das ganze Karresttheater mit Begeisterung mitgemacht und jetzt sucht es seine Leser bezüglich der Sammelkandidatur Jarres möglichst irre zu führen. Das beste Mittel zu diesem Zweck sind große, tendenziöse Ueberschriften. Jeder Psychologe weiß, daß darauf immer sehr viele Zeitungsleser hereinfallen, die umso mehr Vertrauen zu einer Nachricht haben, je größere Buchstaben die Zeitung dafür verwendet. Man kann auf diese Weise mancherlei Kunitzstücke fertig bringen, die physisch unmöglich scheinen, so z. B. aus einem Hohl einen Elefanten, oder aus schwarz weiß machen usw. So weiß das Karlsruher Tagblatt in seiner Donnerstagsnummer mit großen Buchstaben von einer „Krise im Linksblock“ zu erzählen, von einem „Ultimatum der Sozialdemokraten an das Zentrum“ und von „Verlegenheit beim Zentrum“. Schon der Ausdruck „Linksblock“ beweist die uniachtige Absicht des Blattes, das ein anderes Mal von der „überparteilichen“ Kandidatur Jarres faelt. Das Karlsruher Tagblatt hat jedenfalls bis zur Stunde alles getan, um zu beweisen, daß es

len den bloß den gen vor fonf de stid vor Arbn Mid und San der von Stel nische mitt gung schaf Dief sen a heute W durch die fen Reich und komm ausf natsf Baber fami jentid jumbh Art ju mens ren w hste Wohnf Kranf fetner gelund jnti ch ders i Noilag mige beoab und er freude Wi fachen begeru renn Zahlen Realis irächte Zahlen selber, viele je Kolvin eine Leber, Krieg ums jeder So beg ist, so dem V der D überm kennf Mein schimm Wirtich r e h t i nen. oft nicht Geo 57) „Mein sich gegen er hielt matted „Sie endlich rüd, Au sehr au „Rieb Sie spr geund, Was ist der eing lieben R rechtlich Kind ha „Sch ichlug in will nicht „Sat Wiberit böß gem herausf „Mein nein, ich nicht!“ „Stiet Freund das Reich

### Katholisch-sozialer Gedanke und Zeitlage.

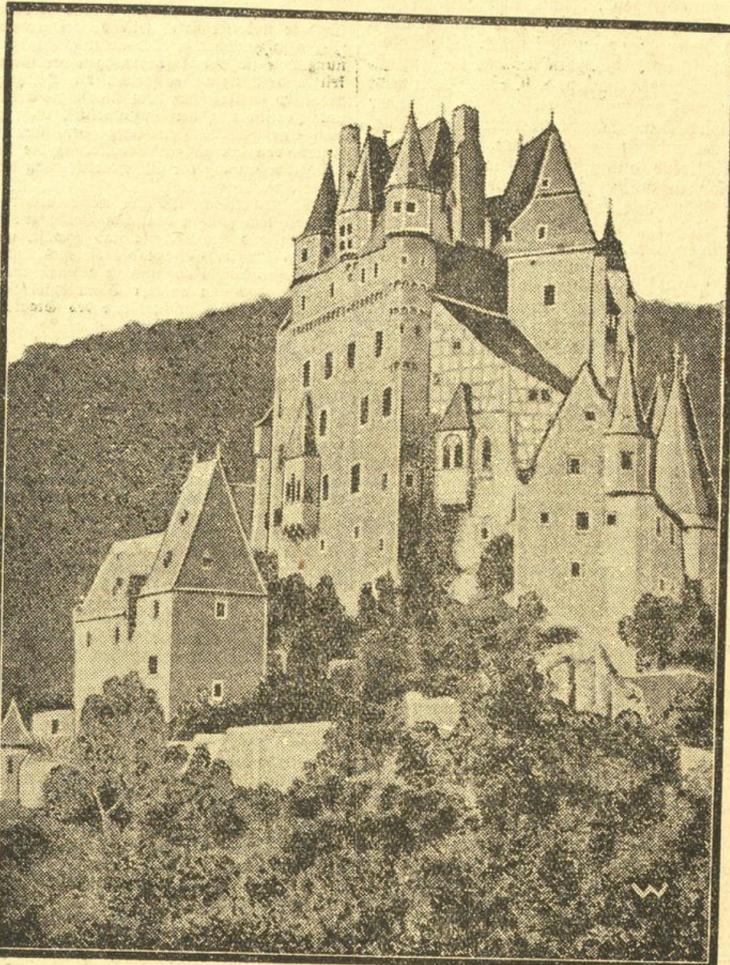
Wenn wir heute aus dem katholisch-sozialen Gedanken heraus Stellung nehmen zu den Zeitverhältnissen, dann folgen wir nicht den Eingebungen einer Laune, nicht einem bloßen Agitationsbedürfnis, sondern dem Bewußtsein der großen Verantwortung gegenüber dem arbeitenden Volk. Im August vorigen Jahres erlebte die Fuldaer Bischofskonferenz eine ernste Mahnung an die Kreise des Wirtschaftslebens, warnte sie vor egoistischen und materialistischen Grundtendenzen, vor ungerechter Ausnutzung der Notlage der Arbeiter und erinnerte an die Pflicht zur Rücksichtnahme gegenüber ihrer Arbeiterkraft und deren Familien. Der Katholikentag in Hannover unterstrich diese Mahnung. In der Zwischenzeit haben zahlreiche Konferenzen von Geistlichen in den Industriebezirken Stellung genommen und der Verband katholischer Akademiker hielt vor wenigen Wochen mitten im Wahlrevier eine besondere Tagung ab mit dem Thema: Die Volksgemeinschaft. Das alles ist kein bloßer Zufall. Diese mannigfachen Kundgebungen erwachsen aus den Zuständen, unter denen wir heute leben.

Wandern wir durch die Industriestädte, durch die großen Werke und Fabriken, durch die Stroßenzüge im Arbeiterviertel und blicken wir in die Familien hinein, wo nicht Reichtum, sondern ehrlicher Arbeitswille lebt, und wir finden: Unzulänglichkeit der Einkommen, Not und Elend. Wir wollen es aussprechen in den Worten, die eine Defakonzonferenz der katholischen Geistlichen in Baderborn gefunden hat:

Wir Seelsorger sehen in den Arbeiterfamilien vielfach eine große Armut, deren wesentliche Ursache die niedrigen Löhne sind. Gesundheitliche und sittliche Schäden mannigfacher Art sind die Folgen des ungenügenden Einkommens der Arbeiterschaft. Mit Bedauern gewahren wir, besonders bei den Kindern, wie mangelhafte Ernährung und Kleidung sowie schlechte Wohnung den Körper schwächen und allerlei Krankheiten zugänglich machen. Wir stellen ferner fest, daß auch bei dem bisher sittlich noch gebundenen Volksteil die Widerstandskraft gegen ständige Forderungen im allgemeinen und besonders im Eheleben nachläßt, weil die allgemeine Notlage in den breiten Volksmassen neu-heinische Gewohnheiten für sich herbeiführt. Wir beobachten ferner, daß mangelhafte Ernährung und enge Wohnung die Arbeitskraft und Arbeitsfreude lähmen.

Wir haben nicht gehört, daß diese Tatsachen irgendwo bestritten worden sind. Wohl begegnen wir Verkündern von Geschäftsführern industrieller Verbände, die an allerlei Zahlenkonstellationen beweisen wollen, daß der Reallohn den Friedensverhältnissen voll entspräche. Wir orientieren uns nicht an diesen Zahlengruppierungen, sondern am Leben selber. Die Notlage besteht. Aber viele sehen sie nicht. Wie einstmalig Vater Kolping können wir heute rufen: „Es gibt eine Klasse Menschen und die führen ein Leben, von dem ihr keine Ahnung habt!“ Krieg und Nachkriegszeit haben den Kampf ums Dasein so scharf gestaltet, daß jeder anfangs, nur für sich selbst zu sorgen. So begreiflich uns diese geistige Einstellung ist, so wenig können wir uns abfinden mit dem Wirtschaftss- und Erwerbsgeist und mit der Denkwelt, die heute weitest Volkskreise überwältigt hat und keine Rücksicht mehr kennt für menschliche und sittliche Forderung.

Kein Zweifel: Die sozialen Gegensätze verschlimmern sich, da die Arbeiter vielfach im Wirtschaftssleben die Grundtendenzen der Gerechtigkeit und Liebe nicht finden können. Ihre Würde als Mensch wird gar oft nicht beachtet oder mit Füßen getreten.



Schöne deutsche Bauten: Burg Elz an der Mosel.

Ein großer Teil der Burg Elz ist zwar im September 1920 abgebrannt, doch hat sich von dem Gebäude und seinem reichen Inhalt mehr retten lassen, als man im Anfang glaubte. Der Ritteraal, das sogenannte Mübenacher Haus, ein großer Teil der Möbel und Waffen und vieles andere sind erhalten geblieben. Elz wird wieder erbaut. Der Kunsthistoriker Dehio nannte Elz mit seiner malerisch einmaligen Lage, dem feilen hohen Aufbau des Baukörpers, seiner Fülle von Erkern und Türmen und seiner Be-

schränkung auf den engsten Raum, die Burg schlechthin. Seit 1157 war sie ununterbrochen Elzischer Besitz. Alle Geschlechter hielten sich daran fest und jeder befestigte und erweiterte nach besten Kräften. Viele vom mittelrheinischen Adel sind nach der Donaumonarchie abgewandert, so die Fürsten Metternich, die Grafen von Boos-Waldeck und andere. Die von Elz blieben. Sie hatten die große Liebe zur Heimat und zum Familienitz, der schönsten Burg in deutschen Ländern.

Unter Katechismus hat eine Frage, von deren Beantwortung alles abhängt: „Wozu ist der Mensch auf Erden?“ Je nach der Beantwortung rücken die Begriffe von Eigentum und Besitz, von Wirtschaft, von Gerechtigkeit in ein ganz anderes Licht. Eigentum und Besitz sind bei gar vielen unserer Volksgenossen Mittelpunkt und einziges Bestreben geworden. Man denkt nicht mehr an die Verantwortungen, an die moralischen Hypothesen, die daran geknüpft sind. Ein solcher Eigentumsbegriff ist abzulehnen. Er gefährdet das Eigentum selber. Wirtschaft, das wirtschaftliche Handeln ist so wenig abzulehnen von der höheren sittlichen Idee, wie Eigentum und Besitz. Wir widerlegen uns der Auffassung, als ob es für die Wirtschaft oder besser für den wirtschaftenden Menschen „nur wirtschaftliche Gesetze“ und Rücksichten geben könne und daß die Arbeitslöhne lediglich wirtschaftlich zu berechnen

wären ohne Rücksichtnahme auf sittliche Forderungen. Man hat sich daran gewöhnt, das Wirtschaftssleben so aufzufassen. Die sozialen Spannungen konnten darum nicht ausbleiben. Gerechtigkeit? Was ist gerecht im Wirtschaftss- und im öffentlichen Leben wenn man nur die äußeren Dinge gelten läßt und an die sittliche Welt, die dahinter liegt, nicht mehr glaubt? Gerecht ist dann, was dem eigenen Interesse, dem Unternehmen, dem Geschäft frommt. Gerecht und billig nennt man heute was der Kapitalbildung dient. Das deutsche Produktionskapital ist an Menge gegen früher verkürzt. Nun spricht man allgemein von der Notwendigkeit der Kapitalneubildung. Aber wie soll es sich bilden? Soll es durch rücksichtslose Beschränkung der Lohnsummen in den oberen Spitzen gebildet werden oder soll diese Kapitalbildung in Form von Erhöhung der Arbeitseinkommen durch die Kanäle der Familien unserer

Arbeiter, Angestellten, kleinen Beamten und weiter durch die Mittelstandskreise gesammelt und aufgespeichert werden? Wir stehen zu dieser Forderung und weisen die falsche Lehre ab, als ob breite Massen von Arbeiterfamilien einer Kapitalbildung in den oberen Kreisen geopfert werden müßten. Der Mensch lebt nicht für das Kapital, das Kapital soll dem Menschenleben dienen.

Stärker wie zu irgend einer Zeit ringt heute unsere Arbeiterschaft um die Anerkennung ihrer menschlichen Würde, um eine vernünftige Art und Weise, wie man mit ihr umgeht. Eine Zeitung der Bedenkenloser schrieb seinerzeit, die Arbeiter sollten sich dessen bewußt sein, daß sie nur „Hände“ darstellen, weiter nichts. Die Arbeiter wollen aber nicht bloß als „Hände“ eingeschätzt werden. Niemals wieder wird Deutschland zur Weltgeltung kommen, wenn seine Arbeiter nur als „Hände“ gewertet werden. Niemals aber auch wird die deutsche Arbeiterschaft hoch kommen, wenn sie sich nicht höher einschätzt als eine „Ware Muskelkraft“. Bischof Ketteler wurde in seinem sozialen Wirken nie müde, immer wieder den Gedanken zu prägen, daß das Wertvollste, das den Menschen ausmacht unter der elenden Hülle tief in seinem Innern verborgen liegt: Die Seele. Sie allein gebe dem Menschen Wert und seinem Leben einen Sinn. Wenn wir von hier aus einen Blick in die großen Werke der Massenindustrie hineinwerfen, dann erschrecken wir über den Mangel an Möglichkeiten, die dazu bestimmt sein sollten, dem natürlichen Drang nach Selbständigkeit, Aktivität und Geltung zu entsprechen. Die Arbeitsplätze werden nicht Lebensplatz. Der Mann verachtet nicht damit. Die Stelle schwankt mit der Konjunktur. Hinter dem Leben der Arbeit steht eine graue Nebelwand der Unsicherheit. Weniger als in andern Industrieländern werden bei uns menschliche Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit und zwischen den einzelnen Volksklassen gepflegt. Die wirtschaftlichen Gegensätze sind in England und in den Vereinigten Staaten größere als bei uns und dennoch sind die menschlichen Beziehungen besser. Weniger Hochmut und Ständebüffel, mehr natürliches Menschentum als bei uns. Es nützen uns keine demokratischen Einrichtungen, wenn keine demokratische Gesinnung dahinter steht.

Es ist ein Neuhidentum im heutigen Wirtschaftsleben am Werke, ein vollendeter Unglaube wirkt sich da aus. Nur was man messen, zählen und wägen kann, das gilt. Der äußere Besitz ist alles. Wir übersehen nicht, daß dieses falsche Ideal auch breite Arbeitermassen ergriffen hat. Für Sinnen und Trachten geht darauf hinaus, es ebenso machen zu können. Das falsche Spiebertum erscheint als das Ideal. Wenn die Arbeiterschaft nicht mehr wollte, dann könnte sie ihre Bemühungen einstellen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß auch weite Kreise unserer Katholiken selbst diesem falschen Geist der Betriebsamkeit und des „Wirtschaftslebens“ verfallen sind. Daran nehmen andere Vergernis. Die Kirche gewinnt nicht durch diesen äußeren Machtzuwachs einzelner ihrer Glieder. Was ihr auf der einen Seite zuwächst, das droht auf der andern Seite verloren zu gehen.

So sehen wir den Zustand von heute. Enttäuschung, Verbitterung, geistig bis zur Verzweiflung, lagert auf weitesten Kreisen der Arbeiterschaft, Arbeitsfreude und Berufsfreude stehen unter schwerem Druck. Der Radikalismus droht an Boden zu gewinnen, vor allem deshalb weil ein Teil der Wirtschaftler, ja weite Kreise des Bürgertums sich einem total falschen Sicherheitsgefühl und einem Machtbewußtsein

### Georg Freibergs Aufstieg.

Roman von Igna Maria.

„Nein,“ sagte sie, „nein, nicht zurück. Lassen Sie mich!“ Mit aller Kraft stemmte sie sich gegen ihn in verzweifeltstem Ringen. Aber er hielt sie fest, so fest, daß sie schließlich er mattet nachgab.

„Sie sind grauam,“ schluchzte sie, „da ich endlich den Mut fand, reizen Sie mich zurück. Was tat ich Ihnen, daß Sie mich so sehr quälten?“

„Liebes Vlietchen, Sie wissen nicht, was Sie sprechen. Sie sind krank, ich aber bin gesund, deshalb muß ich für Sie handeln. Was ist denn geschehen, daß Ihnen der Tod der einzige Ausweg schien? Daß Sie Ihren lieben Vater verlassen wollten? Dem alten rechtlichen Mann das antun, der nur sein Kind hat?“

„Ich darf nicht weiterleben,“ ihr Weinen schlug in Schreien um, „ich darf nicht, ich will nicht zum Vater zurück!“

„Hat er mit Ihnen gezankt?“ Er zog die Wirtstreppe mit fort, „es ist alles nicht böse gemeint, was der reiche Born unbedacht herausstößt.“

„Nein, nein, das alles nicht. Es ist — nein, ich kann es Ihnen nicht sagen, Ihnen nicht!“

„Vlietchen, bin ich nicht immer ein guter Freund gewesen? Ich möchte Ihnen so gern das Leid tragen helfen.“ Koslos blickte er

auf das weinende Mädchen und fühlte, wie die Risse bis auf die Haut drang.

„Ist der Schatz untreu geworden?“ fragte er leise und fühlte, wie sie aufzuckte. „Ist es Varet? Wenn er es ist, dann läßt sich alles wieder eintrenken,“ tröstete er, froh, den rechten Weg gefunden zu haben.

„Es ist zu spät!“

„Ich will mit ihm reden.“

Sie umklammerte seinen Arm. „Wenn Sie das könnten, dann kann ich Vater wieder unter die Augen treten. Helfen Sie mir! Ich bin doch noch jung. Ich mag nicht sterben, elend im kalten Wasser umkommen.“ Sie verbarg ihr Gesicht.

„Hören Sie zu, Vlietchen. Jetzt gehen Sie schon vernünftig mit mir zurück, setzen sich in Mutter Schmitz' warme Wohnstube und Worten das weitere ab. Verprechen Sie mir, daß Sie niemals wieder im Leben solch einen entsetzlichen Gedanken fassen wollen. Nichts ist so schlimm, daß nur der Tod der letzte Ausweg ist.“

„Auch wenn man eine schwere Schuld auf sich geladen?“

„Seine Schuld ist so groß, daß sie nicht gelohnt werden könnte.“

„Auch wenn man seine Ehre verloren hat?“

Das also! Ein unendliches Mitleid mit dem Mädchen an seiner Seite erfaßte ihn. „Auch dann gibt es einen Weg.“

„Geht!“ Vlietchen lag in seinem Arm und weinte herzzerbrechend.

Endlich langten sie völlig durchnäßt bei Mutter Schmitz an. Georg brachte Vlietchen

in das Wohnzimmer seiner Wirtstube und redete ihr liebevoll zu. Da hörte er denn die ganze Geschichte. Vlietchen fürchtete sich vor dem Vater und Varet fand nicht den Mut, ihrem Vater alles zu gestehen. Er schob es von einem Tage zum anderen auf, bis Vlietchen in ihrer Verzweiflung den Ausweg erjann.

„Ich gehe zu Varet!“ Georg ließ Vlietchen voll trostreicher Hoffnung zurück. Frau Schmitz schäufte er ein, das Mädchen nicht allein zu lassen.

Varet sah über die Bücher gebeugt, als Georg bei ihm eintrat. „Nanu, du kommst zu mir?“

„Freue dich, daß ich komme. Wenn ich jetzt nicht bei dir stände, wärest du zum Mörder geworden!“

„Vlietchen!“ schrie Varet auf, und als der andere nickte, „wo ist sie? Was wollte sie tun?“

„Ein Ende machen, sie hatte den Mut, weiß Varet zu seige war, das Mädchen zu schützen, das er ins Elend gebracht.“

„Freiberg!“

„Wut, daß du leichtsinnig bist, das wußte ich, daß du aber feige bist — phui!“

„Ich wollte ja zum Alten gehen —“

„Gottest du die böbliche Absicht? Nur fehlte es dir am nötigen Mut, sie auszuführen. Vielleicht geschah noch ein Wunder, daß du deine Schuld nicht einzugestehen brauchtest. Um ein Haar wäre ja auch ein „Wunder“ geschehen — nahm ich heute den Weg nicht zum Rhein, dann säßten sie das Vlietchen als Leiche aus dem Wasser. Nicht wahr,

Fritz Varet, es war ein Unglücksfall, aber dein Gewissen, das hätte dir doch zugerufen: Du bist der Mörder!“

„Was soll ich tun?“

„Ich glaube, es gibt nur einen Weg,“ sagte er hart und verächtlich, „zum Vater gehen und des Mädchens Ehre wieder herstellen.“

„Er wirkt mich vor die Türe.“

„Das hättest du eher bedenken sollen. Es gibt kein Ausweichen mehr.“

„Geh mit mir, berede du den Alten, ich will ja alles gut machen. Aber laß mich nicht allein.“

Georg ging mit zu Vlietchens Vater. Es waren die qualvollsten Minuten seines Lebens, dem alten Mann die Augen zu öffnen und Zeuge der unerquicklichen Auseinandersetzung zwischen ihm und Varet zu sein.

„Wenn ich nicht dächte, daß du der Mann meiner Tochter wirst — ich könnte mich an dir verarzelen!“ Mit geballten Fäusten stand der Vater vor Varet; dem war alles Mut aus dem Gesicht geströmt, aber er wich nicht zurück.

„Sie haben recht, ich weiß keine Entschuldigung, die mich schützen könnte. Bestimmen Sie über mich, ich werde Ihnen jede Genugtuung geben, die Sie von mir verlangen.“

„Sie sind Zeuge dieses Verprechens, Freiberg, man muß sich wahren vor dem.“

„Sie brauchen keinen Zeugen, wenn Sie wollen, daß ich es schriftlich —“

„Varet!“ Georgs Ruf hieß ihn schweigen.

„Ich will mein Kind haben, Freiberg, Sie begleiten mich.“

(Fortsetzung folgt)

hingeben, das sie zu rücksichtsloser Ausnützung der Situation verleitet. Man meint, da der Sozialismus verjagt habe, könne „alles beim alten“ bleiben, könne man ganz einfach in frühere Zustände zurückverfallen. Das ist unmöglich. Der Sozialismus hat verjagt, er wird als wirtschaftliches System wie auch als Weltanschauung immer verjagt. Damit ist aber nichts bewiesen für die unveränderte Fortführung eines privatwirtschaftlichen Systems, das sich nicht mehr einordnen läßt in eine höhere sittliche Ordnung. Das Schlagwort unserer Tage lautet: „Gegen den Marxismus!“ Damit soll die Gedankenwelt der Sozialdemokratie und diese Bewegung selbst getroffen werden. Mein dieser Kampf gegen den Marxismus kann nicht mit Windmühlen und Gelehrtheiten, nicht mit Zeitungsaufstellungen und Bürgerblockbildungen siegreich bestanden werden. Wir halten die heute beliebte „Sammlung aller bürgerlichen Elemente“ volkspolitisch für unklug. Was heißt „Bürgerlichkeit“? Wer ist Bürger? Wer ist es nicht? Was heißt „christliches Bürgertum“? Das schlimmste ist, wenn man gar ein „bürgerliches Christentum“ oder eine „bürgerlich-christliche Gesellschaftsordnung“ formuliert. Das Christentum unterscheidet nicht zwischen Bürger und Nichtbürger. Es ist die Religion der Gerechtigkeit, der Liebe, der wahren Freiheit der Menschlichkeit. Es ist für alle da. Es ist ein und dieselbe Lebenskraft für hoch und nieder, für reich und arm. Wer den Marxismus bekämpfen will, der muß dieser falschen Idee eine andere Idee gegenüberstellen, nicht Gewalt, nicht Bajonette und Kanonen, auch nicht die Gewalt einer irreführenden öffentlichen Meinung. Wir setzen der marxistischen Idee die christlich-soziale, die katholisch-soziale entgegen. Diese aber ist weder sozialistisch noch im landläufigen Sinne „bürgerlich“. Sie deckt sich mit dem, was recht, was billig, was vernünftig, was praktisch und was klug ist. Wir stehen im Zeichen der Fernerentwicklung. Unter bedrohter Mittelhand hätte anderes zu tun, als sich auf die Seite derer zu schlagen, wo die großen Kapitalmassen sind. Es kommt die Zeit, da unser Mittelstand in Handel, in Gewerbe und in der Landwirtschaft befreit wird, wie verfehrt er seinen Platz in den großen Auseinandersetzungen und sozialen Entwicklungen gewährt hat.

Wir stehen politisch vor dem Problem der Weiterführung unserer Sozialpolitik und der Lastenverteilung. Unser gesamtes Finanz- und Steuerwesen wird neu geordnet. Die Frage ist, wie die neuen Lasten verteilt werden. Das bisherige Steuer- und Abgabenwesen der beiden großen Massenbelastungssteuern, der Einkommen- und Umsatzsteuer ist unüberhältnismäßig hoch. Von der Einkommensteuer entfallen heute wieder 60 Prozent des Aufkommens auf die Lohn- und Gehaltsempfänger. Leider fehlt es an einer genauen Uebersicht über die Anteile, die auf Besitz und breiten Volksmassen in der Gesamtheit der Steuern entfallen. Die vorliegenden Steuerentwürfe enthalten gute soziale Gedanken, indes ist auch der Zug unerkennbar, im Interesse der Kapitalbildung den Besitz zu schonen. Die katholische Arbeiterbewegung überhaupt, werden binnen kurzem ihre Vorschläge zu den neuen Steuerentwürfen vorlegen. Wir sind uns des Augenblickes voll bewußt.

Wir warnen ausdrücklich vor einer Auffassung, die wir da und dort finden, als ob es lediglich darauf ankomme, den breiten Massen der Arbeiter und Angestellten Brot und Spiele zu bieten, da sie zu weiterem doch nicht willens oder fähig wäre. Jüngend- und Laien wir, daß es klug wäre, die Arbeiter-

schaft ebenfalls „mit kapitalistischem Geiste zu durchdringen“, dann würde man am schnellsten mit ihr fertig. Wir glauben nicht, daß dieser Weg zum Ziel führt. Die Arbeiterbewegung muß sich zum Träger der sittlich-sozialen Ideen machen, d. h. diese Ideen nicht nur aussprechen, sondern auch in sich selber verwirklichen. Wir sind bereit, unsere Kräfte, da wo wir hingestellt werden, in Eifer und Pflichttreue auszufüllen. Was wir aber verlangen müssen ist, daß der Handarbeit, der Lohnarbeit von heute, der Charakter einer bloßen „Ware“, über die man beliebig verfügen kann, genommen wird. Die Lösung der gewaltigen Spannungen zwischen Kapital und Arbeit und zwischen den einzelnen Volksklassen kann nur von der sittlichen Idee aus herbeigeführt werden. Kraft und Würde vermögen gerade die Massen der Unselbständigen, der Abhängigen, der zum großen Teil Entwurzelten, nur aus gläubiger Gesinnung heraus zu holen. Tauschen die Zeichen der Zeit nicht, so befindet sich auch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung auf dem Wege zu solchen Einsichten. Schrieb doch unlängst ein Vertreter dieser Bewegung in den „Sozialistischen Monatsheften“: „Die Triebkraft zur Ausgestaltung aus einer sozialistischen Wohlfahrtspflege wird aber auch heute noch oder heute wieder zuletzt religiös sein, das heißt aus tiefen Schichten, die durch menschliche Vernunft nicht erschlossen werden.“ Was aber von der Wohlfahrtspflege gilt, muß erst recht Geltung haben für die Frage der endlichen Entspannung zwischen Kapital und Arbeit und der Herstellung einer wahren Gemeinschaft unseres Volkes. Es genügt nicht, daß wir ein Staat sind und ein Reich haben. Endlich müssen wir ein Volk werden!

Entschärfung.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Jahre endende Not welche weiteste Kreise der Arbeiterbewegung heimtucht. In vielen Fällen reichen die Löhne kaum hin, um das nackte Leben zu fristen. Tausende sind erwerbslos. Dazu kommen die immer noch drohenden Wohnungsnotstände.

Wir betonen mit allem Nachdruck, daß diese Zustände nicht bloß die physische Gesundheit schädigen, sondern auch die moralische Seelung der Arbeiterbewegung, ihren Arbeitswillen und ihre Arbeitssucht gleich bedrohen wie ihre seelisch positive Verbundenheit mit dem Staat von heute gefährden.

Wir verkennen durchaus nicht die besonderen Schwierigkeiten, mit denen heute die Volkswirtschaft, insbesondere die Industrieunternehmen, zu ringen haben. Die christliche Arbeiterbewegung ist jederzeit bereit, diesen Schwierigkeiten Rechnung zu tragen und die nötigen Opfer für den Wiederaufbau auf sich zu nehmen. Sie muß es aber — im Eigeninteresse und noch mehr im Interesse der Gesamtheit — ablehnen, auf den Wegen zu folgen, die heute führende Kreise der Wirtschaft einschlagen. Vom moralischen, wirtschaftlichen und staatlichen Gesichtspunkt aus gesehen, ist es verfehlt, die erforderliche Kapitalneubildung durch Niedrighaltung der Löhne und etwaige steuerliche Bevorzugung der großen Einkommen zu erzielen. Mit unternehmenden und selbstständig arbeitenden Arbeitern läßt sich die Wirtschaft nicht aufbauen und der Volkstand nicht sicher stellen. Zudem bedeutet höheres Einkommen der heute die Mehrzahl der Bevölkerung bildenden Arbeiterbewegung eine Konsumsteigerung, die belebend auf die ganze Volkswirtschaft wirkt.

Wir erheben unsere warnende Stimme gegen die unter dem Schlagwort „gegen den Marxismus“ sich breitmachende antisoziale Gesinnung im Arbeiterlager bis weit in die Reihen des gemäßigten und landlichen Mittelstandes hinein. Die katholische Arbeiterbewegung steht nach wie vor im schärfsten Gegensatz zum Sozialismus. Ideen werden indes nur durch Ideen besiegt. Mehr wie je ist es im Interesse des Gesamtvolkes erforderlich, die christliche Sozialbewegung und den Gedanken der Volksgemeinschaft zu hegen und zu pflegen. Die Trennung des Volkes in zwei Lager, ein bürgerliches und ein

proletarisches, muß zum Verhängnis der Nation werden.

Aus diesen Ermüdungen heraus fordern wir für die Arbeiterbewegung seitens der Arbeitgeber eine menschenwürdige Behandlung, eine Entlohnung, die die Anforderungen der Gerechtigkeit und Billigkeit entspricht, die Achtung des Menschen im Arbeiter; vom Staate die Erhaltung und Fortführung der Sozialpolitik, nicht zuletzt auch eine gerechte Verteilung der steuerlichen Lasten, von der ganzen Bevölkerung die tatsächliche Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiterbewegung.

Wir katholischen Arbeiter wissen uns verbunden mit dem ganzen deutschen Volke, mit seinen Ständen und Klaffen, wir sind gewillt, unseren Teil an den im Gefolge des Krieges entstandenen großen Lasten auf uns zu nehmen und durch treue Beobachtung unserer Standespflichten zur Gesundung der Wirtschaft wie des Staatslebens beizutragen.

Der zweite Rothardt-Prozess.

Magdeburg, 31. März. Nach Eröffnung der heutigen Sitzung stellte Rechtsanwalt Dr. Lauterbach einen Antrag, der davon ausgeht, daß die Zeugenvernehmung über den Kreis der sozialdemokratischen Führer und Funktionäre hinaus ausgedehnt werden müsse, um ein richtiges Bild über die Haltung der Sozialdemokratischen Partei zum Januarstreik zu gewinnen. Reichsanwalt a. D. Michalek und zwei Staatsanwälte sollen als Zeugen dafür vernommen werden, ferner die ehemaligen Staatsanwälte des Neuharn, von Kahlmann und Hing, der ehemalige Leiter der Abteilung „Abwehr“ im stellvertretenden Generalstab, Generalmajor Moser und sein Adjutant. Die Staatsanwaltschaft bezieht sich ihre Vernehmung zu diesem Antrag vor. Darauf werden die Polizeibeamten vernommen, die der Treptower Versammlung beigewohnt haben. Sie sagen aus, daß Ebert von der Menge beschimpft wurde. Man rief ihm „Streifwächter“ und „Streifenwürger“ zu. Es wurde dann noch eine große Anzahl von Zeugen über die Vorgänge in der Treptower Versammlung vernommen. Ein Arbeiter Krause, der mit Sprig zusammengearbeitet hat, erklärte, daß Sprig zu ihm nach der Treptower Versammlung gelaufen habe, Ebert habe durch seine Rede den Streik glatt abgewürgt. Sprig bestreut bei der Gegenüberstellung eine solche Unterredung. Auf eine Frage des Vorsitzenden wird von der Staatsanwaltschaft erklärt, daß diese erst Donnerstag zu den Beweisunterlagen der Verteidigung Stellung nehmen könne.

Magdeburg, 2. April. Zu Beginn der heutigen 17. Verhandlungssitzung im Rothardt-Prozess weist der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Rudolph, zunächst auf den Reichstagsbeschluss hin, monach Reichstagsabgeordneter die Genehmigung zur Vernehmung im Rothardt-Prozess nicht mehr erteilt wird. Durch diesen Beschluss werde die weitere Verweigerung in diesem Prozess wesentlich beeinflusst. Aus Kassel sei ferner ein Schreiben Scheidemanns eingegangen, der erkläre, daß sein Gesundheitszustand sich noch nicht gebessert habe. In einem beiliegenden fachärztlichen Gutachten wird festgestellt, daß es sich bei Scheidemann um ein Zwölffingerdarmgeschwür handle und eine Vernehmung Scheidemanns nicht zu verantworten wäre; es könnte eine große Wutung entstehen. Wenn die Wutung an sich zum Stillstand gekommen sei, käme eine Vernehmung in Kassel in Frage. Ein genauer Zeitpunkt hierfür lasse sich nicht angeben. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß, wenn die gestellten Anträge aufrecht erhalten werden, die Weiterführung des Prozesses in Frage gestellt sei. Angesichts der Gutachten könne an dem Gesundheitszustand Scheidemanns nicht gezweifelt werden.

Generalstaatsanwalt Storp nimmt hierauf zu den in der letzten Sitzung gestellten Beweisunterlagen Stellung und widerspricht ihnen. Er benennt mehr als 30 Gegenzeugen für den Fall, daß den Anträgen stattgegeben werde. Rechtsanwalt Quetgebrune

hält die weitere Vernehmung des Zeugen Scheidemann nicht für erforderlich und beantragt Aussetzung der Verhandlung bis morgen, damit die Verteidigung zu der Gegenklärung des Staatsanwaltes Stellung nehmen könne. Generalstaatsanwalt Storp stellt gegenüber der Erklärung Dr. Quetgebrunes fest, daß die Staatsanwaltschaft auf die Weitervernehmung des Zeugen Scheidemann unter keinen Umständen verzichten könne. Die Staatsanwaltschaft würde es bedauern, wenn der Prozess auf diesem Grunde nicht zu Ende geführt werden könnte.

Stresemann über die politische Lage.

Chemnitz, 1. April. Auf dem deutschen Abend der Chemnitzer Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei hielt Außenminister Dr. Stresemann eine Rede. Man fragt, sagte er, ob unsere Politik den richtigen Weg gehe. Düstere Wolken hingen gegen September über Deutschland. Dann kamen neue Angriffe über uns, die man mit angeblichen Verfehlungen in der Frage der Abrüstung begründete. Wir wurden auch wegen des Dawesabkommens angegriffen und doch war das die Grundlage für die Lösung der Reparationsfrage. Das Volk ruft immer nach Führern. Wenn man es aber führen will, kommt es immer wieder mit Eindringlingen. Die Londoner Konferenz hat uns mindestens eine große Kampagne im Kampf um die deutschen Reparationsleistungen gebracht. Wir haben das Recht Deutschlands nicht preisgegeben und haben es auch nicht verraten. Unsere Einbuße ist somit zum größten Teil wieder eingeholt worden. Man hatte dem damaligen Finanzminister und heutigen Reichskanzler vorgeworfen, daß er das Volk zu schwer belaste. Aber wir nahmen lieber diesen Vorwurf als einen zweiten Währungssturz auf uns. Unserer Politik in der Sicherheitsfrage, über deren Inhalt ich hier keine Einzelheiten anführen kann, da in der Außenpolitik Schwächen oft wichtiger ist als Steden, war man nicht einverstanden. Die Frage der Diktoren streifend, sagte Dr. Stresemann, daß die englischen Staatsmänner die Idee eines militärischen Bündnisses gegen Deutschland ablehnten. Der deutsche Standpunkt, die deutsche Marine nicht zu quantifizieren, habe durch ihre Willigung gesunden. Die französische Rechtsprelle greift Deutschland deshalb scharf an. Man solle jedoch, schloß Dr. Stresemann, die Parteien nicht nach ihren unerfüllbaren Versprechungen, sondern nach ihren Leistungen beurteilen.

Neuorganisation für die 26prozentige Abgabe.

London, 1. April. Wie verlautet, hat sich in letzter Stunde eine Schwierigkeit in Verbindung mit der vorgeschlagenen neuen Methode der Einfuhrsteuer der 26prozentigen Abgabe auf deutsche Exporte unter den Reparations-Recoverer eingestellt. Die neue Methode sichert die Garantie der Wauschsumme, die periodisch durch die Abgabe bezahlt werden soll, durch eine Organisation, eine Art von Syndikat, das die Hauptexporteure deutscher Waren nach England umfassen soll. Auf Anfrage im Unterhaus, die von der Firma Furnish-Whitely u. Co. bei der Deutschen Werft bestellten fünf Motorfahrzeuge dem Reparations-Recovererpaß oder der 26prozentigen Abgabe unterliegen, erwiderte der Regierungsvertreter, daß die 26prozentige Abgabe nur für die Waren in Frage käme, die nach England importiert würden. Wenn die in Frage kommenden Schiffe aus eigener Kraft in England einträfen, so würden sie nicht zu den dem Akt unterliegenden Gütern gehören und demzufolge der Abgabe nicht unterliegen.

Verbrecher-Pech.

Von E. Gerold-München.

In der Regel dreht sich der Verbrecher selbst die Schlinge, die ihn fängt; die Polizei zieht sie nur zu. Ein Verbrecher mag in seinen Vorbedingungen, in seinen Mitteln und Folgen noch so klug überdacht, noch so geschickt ausgeführt sein, etwas — und gewöhnlich ist dieses etwas an sich recht richtig — übersteht der Verbrecher immer, und schließlich wird ein Geldstrafenkader, der bei Ungehorsam von Einbrechern nur Spuren seiner Tätigkeit, nicht aber seiner selbst hinterlassen hat, durch einen Hosenknopf veratet, der ihm bei der „Arbeit“ abgeplatzt ist. Hunderten von Verbrechern geht es so wie jenem Zirkuskünstler: über sechs Paar Pferde schlägt er einen Satz und bricht das Bein, wenn er über einen Kieselstein stolpert.

Und dieses Stolpern der Verbrecher über Kieselsteine hat oft etwas Lustiges. So hat sich einmal in München das Schicksal eines hübslichen Scherz mit einem Dieb geleistet: der hat einen Grub nicht erwidert und das hat ihn ins Gefängnis gebracht. Seit Monaten waren in der Universität Leberzieher gestohlen worden, und so eifrig man auch die Korruptoren übermochte, der Dieb war nie zu fassen. Da traf auf der Reuhauptstraße ein farbentragender Student einen anderen, der für seinen achtungsvollen Gruß nicht dankte. Das ging gegen die studentische Sitte. Der Student stellte den Unhöflichen und der benachteiligte abermals unkorrekt. Das fiel dem Studenten auf, er wachte einen Schumann und auf der Polizei fand man bald die Erklärung für die Unhöflichkeit: der Bestgenommene war ein Vätergehilfe. Daß er einem Studenten den schuldigen Respekt verweigerte, nahm man ihm nicht weiter übel, daß er aber auch vor fremden Leberziehern keinen hatte,

ward ihm hoch angerechnet: mit zwei Jahren Gefängnis nämlich!

Eine ähnliche lustige Geschichte hat sich in Halle abgespielt. Dort hatte ein Einbrecher einem Chemiestudenten einen nachlässigen Besuch gemacht und auch eine Dose geöffnet, in der er Schmutzschalen vermutete. In der Dose war aber Riespulver! So sehr sich der Dieb auch gegen das Risiko wehrte, er platze doch los und wachte so den schlafenden Studenten. Aber er hatte Geistesgegenwart genug, dem Studenten das Pulver ins Gesicht zu werfen. So waren beide vor Niesen wehrlos; schließlich siegte in dem Riespuer der Student. Vielleicht, weil er im „Niesungen-Trinken“ Übung im Leberwimmen von Meizen hatte. So konnte er den immer noch niesenden Einbrecher übermächtig.

Daß Einbrecher Vittermäßer oder ähnliche Getränke für einen guten Schlaf halten und sich durch die Folgen „andereorts“ verzetteln, ist keine Seltenheit. Ein zu spät zugeleiteter Gilbrieff und ein nasser Hosenboden hat vor Jahren den Dieb verraten, der auf dem Wasserweg in das Münchener Müngam eingedrungen war und 120 000 frisch gemünztes Gold gestohlen hatte. Sein Komplize hatte den Dieb, der damals Soldat war, durch den Gilbrieff warnen wollen, den Einbruch auszuführen. Der Brief kam zu spät. Der Soldat war bereits über die Reagenmanier gelutert und der diensttunende Unteroffizier, der ihm den Brief hätte übergeben sollen, fand ein leeres Bett. So gab man in der Nacht besonders Obacht, um den Durchbrenner bei der Rückkehr zu fassen. Man fing ihn auch ab, dabei sah man, daß er einen nassen Hosenboden hatte. Diese Beobachtung ward nach Wochen ein wichtiger Beweis zur Überführung des Diebes, der ohne den Zufall des Gilbrieffes ein Alibi gehabt hätte, wie er sich nicht besser hätte wünschen können.

Oft müssen Verbrecher für die Sünden anderer büßen. So besonders in Großstädten, wenn

bei sensationellen Fällen die Polizei das Publikum zur Mitarbeit anspornt. Da werden der Polizei Hunderte von auffälligen Beobachtungen mitgeteilt, und wenn bei genauerer Nachforschung auch der gesuchte Verbrecher nicht gefunden wird, einige der Verdächtigen bleiben doch immer, wenn auch aus anderen Gründen, in den Händen der Polizei. Daß zwei vollständig auf einander getrennt arbeitende Verbrecher sich gegenseitig verraten, ohne eine Ahnung davon zu haben, das hat vor einigen Jahren ein Fall gezeigt, der in München und Zürich gespielt hat. In München hatte ein Graveur im Auftrag eines portugiesischen Gouerners für etwa zwei Millionen Goldmark brasilianischer Noten gefälscht. Ein von dem Graveur nach Zürich postlagernder Brief, der dem Portugiesen das Original zu den Fälschungen und die ersten gelungenen Fälschungen bringen sollte, geriet in die Hände eines ungetreuen Postbeamten, der in Zürich schon seit Jahren postlagernde Briefe an Ausländer unterschlug, weil er gerade in solchen Briefen in der Regel Banknoten fand. Der Züricher Postbeamte, der keine Ahnung hatte, daß die Noten mit einer Ausnahme falsch waren, machte damit eine Unlauterkeit nach Italien; beim Wechseln einer falschen Note wurde er verhaftet. In seiner Brieftasche fand man den Vergeltungsbrief des Münchener Graveurs. Man ahnte die Zusammenhänge und machte der Münchener Polizei eine Mitteilung. Die fand in der Wohnung des Graveurs die Platten für die Fälschungen. Unterdessen war zwischen ihm und seinem portugiesischen Auftraggeber wegen des vermischten Postlagerbriefes ein Zerwürfnis ausgebrochen. Der Portugiese glaubte nicht, daß der Graveur den Brief abgehandelt hätte und wart ihm vor, er habe die echte Note für sich behalten. Diese Verdächtigung fränkte den Graveur an seiner „Ehre“. Er war wütend über den Portugiesen und glaubte, der wolle ihn nur um seinen Lohn bringen. Und in seiner Wut

berriet er seinen Komplizen. So hatten sich drei Verbrecher in einer Schlinge gefangen: der Postbeamte, der Graveur und der Portugiese. Einem Schwanz-Dichter hätte man eine so lustige Geschichte gar nicht geglaubt!

Lenz ist da.

Frühlingswinde kosen mit den schwellenden Knospen der Gehölze, küssen Windläschen und Blauweissen, strecken gelbe Klammchen auf den Beidenbüsch und machen die Frostkapelle munter.

Brefete — brefete, brefete! — loaz, huz! — brefete, brefete! — brefete, quarr, brefete, huz! — loaz, loaz!

Zieht solcher Frostgefäng durch die Lenzmacht, dann erwacht auch der Sumpf. Aus dem Morast wollen sich die Blätter der Nymphen und des Pfeilkrautes. Das Moor schiebt grüne Espehe, und die Seggen schmiegen sich mit gelben und braunen Krabbeln. Die Apr. Sonne erwärmt das Wasser und weckt Lebensfreudigkeit. Karben der Köderfliege kriechen an untergelbten Stengeln umher. Wasserflöhe beginnen ihren Tanz. Das Müngchen des Stängels zieht seine rotarzte Niesedmette an. Müden schweben in Säulen über seichten Stellen. Studenten brüten bereits im Mährisch. „Ump ump“ pumpt in der Dämmerung die große Rohrdornmel. Mit jedem Tag erwacht neues Leben. Einem Morgen ist auch das Steifspärchen vom vorigen Jahre wieder da. . . .

Ehe sie am geistigen Abend ihr Winterquartier beziehen, ruderten sie unruhig hin und her, traten das Wasser und schossen mit schnellen Nüggelgeschlägen über den Weiserpfeil dahin. Als sie sich in der Luft befanden, ging die Restschnelle konstant. Jetzt sind sie wieder da.

# Badischer Landtag.

## Landwirtschaftskammerdebatte.

Die Beratung über die Abänderung des Landwirtschaftskammergesetzes verteilte sich auf zwei Vollkammern. Nach dem klaren und eingehenden Bericht des Abg. Ziegelmeier-Dierckh brachte Abg. Weishaupt (Str.) seine Auffassung zum Ausdruck. Er erklärte die Zustimmung seiner Partei zur Vorlage und verlangte von der Landwirtschaftskammer mehr Neutralität, und das mit Recht. Er freute sich über die Möglichkeit der Mitarbeit der Arbeitnehmer und begrüßte es, daß künftig für eine geordnete Rechnungsprüfung gesorgt sein soll. Damit werde viel Mißtrauen verschwinden. Von der Vorlage wenig erfreut ist offensichtlich der liberale Abg. Dr. Maties. Ihm sind insbesondere die Arbeitnehmervertreter ein Dorn im Auge. Dr. Maties fühlt sich durchaus als Anwalt der Kammer. Der Sozialdem. Weishaupt kritisierte das Verhalten der Kammer als unsozial und freute sich über die Ausführungen Weishaupts, der nicht nur für die Landwirte, sondern auch für ihre Arbeitnehmer Verständnis gezeigt habe. Der Kommunist Gähler erging sich ebenfalls in scharfen Angriffen gegen die Kammer, die in der Hauptsache nur die Interessen der Großlandwirte vertritt. Der Landbundabg. Gehhard hatte nun alle Hände voll zu tun, um die Kammer und ihre Geschäftsführung reinzuwaschen. Auch Gehhard ist von dem Gesetz wenig entzückt. Ihm gefällt die Mitarbeit der Arbeiter nicht besonders. Er ist auch von der neuen „Form“ der Rechnungsprüfung nicht gerade erheitert, gibt jedoch zu, daß die Abänderung eine Besserung bedeute. Schließlich erklärte Gehhard, daß der Landbund sich enthalten werde. Er polemisierte dann noch etwas gegen den Abg. Weishaupt, witzte aber keineswegs überzeugend. Er sei für die früheren Zustände selbst nicht verantwortlich. Für die Demokratie bringt Herr Schön wesentlich Neues nicht vor. Er steht im allgemeinen auf dem Landbundsstandpunkt. Auch die Deutschnationalen sind gegen die Vorlage. Es läge keine Notwendigkeit vor, etwas zu ändern. Der Zentrumsabg. Schill erließ nach verschiedenen Seiten hin die richtige Antwort. Er wandte sich vor allem energisch gegen die Polikultur der Kammer durch den Landbund und stellte fest, daß die Sanierung auch von der Opposition lehrhaft gefördert worden sei. Herr Klaiber suchte nach zum Schluß Landbund und Kammer herauszubauen. Es gelang ihm dabei, Leben ins Haus zu bringen. Und damit endigte dieses Wortspiel zu den bevorstehenden Landwirtschaftskammerwahlen. Schließlich gelangte das Gesetz zur Annahme mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und eines Teils der Demokraten.

Karlsruhe, 2. April 1925.

Erster Vizepräsident Maier eröffnete die Sitzung. Es wird zunächst in der Beratung der Abänderung des Landwirtschaftskammergesetzes fortgefahren.

Abg. Maties (Lib. Sp.): Der Hauptzweck des Gesetzes ist der Ausbau der Landwirtschaftskammer; die Arbeitnehmer sollen eine Vertretung in der Kammer bekommen. Nur über die Art des Ausbaues bestanden Meinungsverschiedenheiten. Redner hat Bedenken gegen die Herabsetzung der Karenzzeit für die Wahlberechtigung von Vorstandsmitgliedern oder Beamten landw. Vereinigungen von 10 Jahren auf 1 Jahr; sachlich sei diese nicht begründet. Durch die Zumahl sind bisher gute Kräfte in die Kammer gekommen; daß nicht alle Wünsche dabei berücksichtigt werden konnten, bekennt Redner. Die Zahl der landw. Genossenschaften ist ungenügend groß und zerstückelt; die Regierung sollte da einmal nach dem Rechten sehen; aus der Landwirtschaft selbst heraus ist eine Abänderung nicht zu erwarten. Redner hat Sorge wegen der nächsten Kammerwahlen bezüglich der Wahl der Arbeitnehmer und äußert nochmals Bedenken wegen der Herabsetzung der Karenzzeit für die Wahl der Beamten landw. Organisationen.

Abg. Gähler (Komm.): Begründet den Antrag seiner Fraktion, daß die Wahlen zur Landwirtschaftskammer aufgrund des Verhältnisses von Kleinrentnern vorgenommen werden — in Interesse der kleinen Landwirte, speziell der Pächter. Die

Landwirtschaftskammer sei einseitig für die Pächter eingerichtet. In der Landwirtschaftskammer kommen überhaupt die Interessen der mittleren und kleinen Landwirte zu kurz. Darum fordert Redner die Verhältniswahl; er stimmt gegen die Vorlage.

Abg. Weishaupt (Soz.): Die Landwirtschaftskammer habe nicht den Eindruck der Einheit und Geschlossenheit gemacht. Das Gesetz von 1921 wachte die Interessen der Arbeitnehmer nicht. Vor dem Eintritt von Arbeitnehmern in die Kammer braucht man keine Sorge zu haben, sie werden praktische Arbeit leisten (wie auch der Abg. Weishaupt erwarnte). Die Landwirtschaftskammer hat einen nichtsozialen Grundzug und es ist notwendig, daß Arbeitnehmer zugewählt werden. Der kommunistische Antrag auf Verhältniswahl rennt eigentlich offene Türen ein.

Abg. Gehhard (Abd.) polemisiert gegen Abg. Gähler (Komm.); der Vorwurf, daß die Kammer die Interessen der Pächter vertritt, habe, sei durchaus unberechtigt, ebenso daß die Kammer nur die Interessen der Großen vertritt. Der Schußvoll kommt auch unseren Kleinrentnern zugute, und der Getreidezoll ist die Grundlage aller Schußvögel. Weiter beschäftigt sich Redner mit den Ausführungen des Abg. Weishaupt und verteidigt die bisher bestehende Karenzzeit von 10 Jahren. In der badischen Landwirtschaftskammer spielen die Arbeitsträger keine große Rolle. Redner erklärt weiter sein Einverständnis mit den Ausführungen des Abg. Dr. Maties und erklärt bezüglich der Arbeitnehmerwahl als eigentümlich, daß die Landwirtschaftskammer anders behandelt werde als die Handels- und Handwerkskammer. Landwirtschaftliche Arbeitnehmer sind in Baden meist nicht eigentlich Arbeiter, sondern werden oder sind selbst kleine Unternehmer, ähnlich ist es bei den forstwirtschaftlichen Arbeitnehmern. Darum hätte Redner eine andere Formulierung der betr. Bestimmungen gewünscht; eine Vertretung der landwirtschaftl. Arbeitnehmer-Interessen wird in der Landwirtschaftskammer selbst nicht möglich sein und sollte anderswo stattfinden können. Die jetzige Abänderung des Gesetzes wird sich bald als reformbedürftig herausstellen. Redners Fraktion wird sich der Stimme enthalten. Er wendet sich noch gegen den Abg. Weishaupt und verteidigt die Tätigkeit der Landwirtschaftskammer, die jetzt in kadellosem Zustande sei.

Abg. Schön (Dem.) wendet sich gegen Äußerungen der Abgg. Weishaupt und Weishaupt; niemand in der Kammer habe sich gegen die Zulassung von Arbeitnehmern überhaupt ausgesprochen; es wurde nur eine Ueberspannung der Rechte der Arbeitnehmer bekämpft; die Kammer ist immerhin eine Landwirtschaftskammer. Redner übt Kritik an verschiedenen Bestimmungen des Entwurfs in der Fassung des Reichspräsidentenrat und bekämpft den kommunistischen Antrag auf Einführung der Verhältniswahl zur Landwirtschaftskammer. Die Prüfung der Rechnungen durch den Rechnungshof lehnt Redner ab.

Abg. D. Maher-Karlsruhe (Dnall.) bemerkt gegen Weishaupt: Klassenpolitik ist noch nicht Staatspolitik. Die erhöhte Beteiligung der Arbeitnehmer zur Kammer bekämpft Redner; die Notwendigkeit einer Abänderung sei nicht einzusehen. Redners Fraktion wird bei Ziffer 1 und 2 sich der Stimme enthalten, aber für Ziffer 3 stimmen.

Abg. Schill (Str.) spricht gegen die Behauptung des Abg. Gähler, daß die kleinen Landwirte durch den Schußvoll Schaden hätten; ohne Schußvögel würden diese Leute proletarisiert. Redner verteidigt den Abg. Weishaupt gegen Ausführungen des Abg. Gehhard (Abd.). Bei der Präsidentenwahl hat der Bauernverein die Ansicht vertreten, daß kein Führer einer politischen Organisation Präsident der Kammer werden solle. Wenn die Tätigkeit der Kammer auf solcher Grundlage ruhe (wie Abg. Gehhard sagte), so habe die sogen. Opposition auch ein Verdienst daran. (Beifall.)

Abg. Klaiber (Abd.): Die beiden Parteien in der Landwirtschaftskammer haben heute den Wahlkampf eröffnet. Redner ist stolz darauf, daß keine politische Organisation die Führung in der Landwirtschaftskammer erhalten hat. Die

„Opposition“ hätte einen „neutralen Zentrumsman“ als Präsidenten gebracht. (Redn. Widerspruch im Zentrum, auch bei den folgenden Ausführungen.) Redner spricht noch gegen Gähler und Weishaupt.

Es folgt die Abstimmung, in der das Gesetz in beiden Lesungen mit allen gegen drei (Komm.) Stimmen bei 17 Enthaltungen angenommen wird. Dafür stimmen Zentrum, Demokraten und ein Teil der Sozialdemokraten. Das Gesetz wird für dringend und die weiteren dazu vorliegenden Anträge und Gesetze als erledigt erklärt.

Abg. Ritter (Komm.) begründet dann die Anfrage seiner Fraktion betr. ein Verbot der Mannheimer Arbeiterzeitung und Beschlagnahme der Erwerbslosenzahlung (wegen Schmäderung der Reichsfarben), in längerer Rede, wobei er sich wegen Beleidigung der Reichsfarben und Beleidigung des Innenministers Memmle, den er u. a. den „Schritthalter der Reaktion“ nannte, drei Ordnungsrufe (mit Hinweis auf die Folgen) des 1. Vizepräsidenten zugew.

Minister Memmle beantwortete die Anfrage: Der Artikel der Mannheimer Arbeiterzeitung enthalte eine schwere Beschimpfung der Reichsfarben und gegen das Verbot sei Beschwerde an den Staatsgerichtshof zulässig; die Beschlagnahme der Erwerbslosenzahlung sei ebenfalls korrekt erfolgt.

Sie wird um 1.15 Uhr abgebrochen. Fortsetzung halb 4 Uhr.

## Nachmittags-Sitzung.

In der Nachmittags-Sitzung, die von dem Vizepräsidenten Maier-Seibelberg eröffnet wird, werden zunächst zwei kurze Anfragen von Regierungseite beantwortet. Die erste wurde gestellt von dem Abg. Dr. Glodner (Dem.), worin Aufklärung über den Stand des eingeleiteten Disziplinarverfahrens gegen Prof. Frhr. von Marschall in Freiburg verlangt wird. Hierzu erklärte ein Vertreter des Ministeriums für Kultus und Unterricht, daß die Voruntersuchung noch nicht abgeschlossen sei. Es müßte eine große Reihe von Zeugen und Sachverständigen in der Voruntersuchung eidlich vernommen werden, um ein vollständiges Material bei der mündlichen Verhandlung zur Hand zu haben. Das Ministerium habe keinen maßgebenden Einfluß auf das Tempo der Voruntersuchung, sei aber davon überzeugt, daß die Voruntersuchung keine unnötige Verzögerung erfahren wird. Der eigentliche Grund der hinausgehenden Liege liegt in der Tatsache, daß Frhr. v. Marschall sich bisher geweigert hat, das Manuskript seiner Rede herauszugeben. (Hört, hört!) Nach Auskunft von zuständiger Seite könnte damit gerechnet werden, daß die Voruntersuchung im Laufe der nächsten Woche zum Abschluß gelange. Auf eine weitere Anfrage des Abg. Maher-Karlsruhe (Dnall.), wie sich das Kultusministerium zu der Antwort des Innenministers in einer früheren Sitzung auf eine Anfrage des gleichgeordneten betreffend Verichterstattung in der „Karlsruher Zeitung“ und des Wolff-Büros über die Angelegenheit von Marschall stelle, erklärte ein Regierungsvertreter für die Mittelstufe von zuständiger Seite in der Sache des Disziplinarverfahrens, die in der „Karlsruher Zeitung“ erschienen und durch andere Zeitungen übernommen worden sei, trage der Kultusminister die volle Verantwortung. Die Rede v. Marschall habe schwere Ausfälle gegen den heutigen Staat und die Person des verstorbenen Reichspräsidenten enthalten.

Von der Tagesordnung kommt zunächst die förmliche Anfrage des Abg. Rüdert (Soz.) u. Gen.:

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe betr., zur Verhandlung. Abg. Rüdert begründet die Anfrage, die von der Sorge um die Aufrechterhaltung der sozialen Gesetzgebung diktiert sei. (Den Bericht über die Beratung dieser Anfrage werden wir in der nächsten Nummer bringen.)

Weiter kommt die

Junglehrerfrage zur Verhandlung: der Antrag der Abgg. Nigell (Str.) u. Gen.:

Benutzungsmöglichkeiten der Schulamtskandidaten und Kandidatinnen in den nächsten drei Jahren

Gesangsstück der Kammerfängerin Luise Miller-München bekannt, die der allgegenwärtig konstruierten, wenn auch ergreifenden Gemischnote ihre patetische Stimme und den schmerzhaften Ausdruck innerer Anteilnahme lieh. Die Brahmsche „Rhapsodie“ für Alto und Männerchor sah den wirkungsvollen Chor der Karlsruher „Liederhalle“ mit der Münchener Gesitin in ebler Weisheit, das unangbar in mungschwere und melodiefähige Fragment aus Goethes „Herzgesang im Winter“ zum fliegenden Könen zu bringen. Bis ins „Lasso“ in seinem pompösen dramatischen Aufbau machte den aufwendenden Beschluß, worauf Staatskapellmeister Lorenz im Namen des hingenugsvoll spielenden Orchesters denselben stürmischen Beifall entgegennehmen durfte, wie er Luise Miller zuteil ward. Das Theater zeigte kaum nennenswerte Lücken.

Landestheater. Am Freitag, den 3. April, wird die mit großem Beifall aufgenommene komische Oper „Maurer und Schlosser“ von Auber zur Wiederholung gelangen, für Samstag, den 4. d. M., ist Verdis „Rigoletto“ (La Traviata) angefügt. Einführungsvortrag in Goethes Faust, 2. Teil. Wir verweisen nochmals auf den heute am Freitag, den 3. April, abends 8 Uhr, im Aulagebäude der Techn. Hochschule (Hörsaal 37) stattfindenden Einführungsvortrag in Goethes „Faust 2. Teil“ von Prof. Dr. Karl Höll, dem Literaturhistoriker der Karlsruher Hochschule. Karlen an der Theaterkasse.

Der zweite Teil des Goetheischen „Faust“ wurde hier zuletzt im Jahre 1910 in der Wilbrandtschen Bearbeitung gegeben. Der Leitgedanke der neuen Einrichtungsart zielt auf eine Festigung der Auffassung von der unläßlichen Zusammengehörigkeit beider Faust-Teile. Die fortlaufende Einheit der Handlung, die sich auf

und damit in Verbindung die förmliche Anfrage der Abgg. Goffeing (Dem.) u. Gen., die Notwendigkeit der Schulamtskandidaten betr. Der Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses erstattet ausführlich Abg. Dr. Glodner (Dem.).

(Ueber die Beratung des Haushaltsausschusses ist in der Nr. 91 des B. Beob. vom 1. April ausführlich berichtet, worauf wir verweisen.)

Der Haushaltsausschuß beantragt:

1. die Regierung zu ersuchen,
  1. die in Art. 4 der Verordnung vom 8. 2. 1925 enthaltene Vergünstigung auch auf die Schulamtskandidaten auszudehnen, die im gleichem Umfang an einer staatlich anerkannten Privatschule praktisch tätig sind;
  2. im nächsten Nachtrag zum Staatsbudgetanschlag die Mittel vorzusehen, die es ermöglichen, den im nächsten Jahr für die Verwendung im Schuldienst in Aussicht genommenen mindestens 130 Schulamtskandidaten während ihrer Beschäftigung an der Volksschule nach Maßgabe der Verordnung vom 8. 2. 1925 angemessene Unterhaltszuschüsse zu gewähren;
  3. dem Landtag alsbald eine Auffassung über die Verwendungsmöglichkeit der Schulamtskandidaten und -Kandidatinnen für die kommenden drei Jahre zu übergeben;
- II. die Eingaben des Bad. Lehrerbereins und des Bad. Lehrerbereins der Regierung zur Kenntnisnahme zu übermitteln.

Die Antragsteller verzichten auf das Wort, so daß zur Abstimmung geschritten werden konnte. Die Abstimmung ergibt folgendes Resultat: Ziffer 2 von I des Ausschussesantrags wird einstimmig angenommen;

Ziffer 2 von I des Ausschussesantrags wird mit 85 Stimmen bei 16 Enthaltungen angenommen, nachdem zuvor zwei Abänderungsanträge zu Ziffer 2 abgelehnt worden sind, und zwar der Antrag Gähler (Soz.) mit 25 gegen 22 Stimmen und der Antrag Dr. Frhr. (Str.) mit 28 gegen 10 Stimmen.

Ziffer 8 von I des Ausschussesantrags findet einstimmige Annahme, ebenso II des Antrags.

Die nächste Sitzung wird der Präsident anberaumen. 1. Vizepräsident Maier schließt die Sitzung mit dem Wunsch: Fröhliche Ostern!

## Aus der Partei.

### Erklärung.

Die Vereinigung Berliner Zentrumsjournalisten veröffentlicht folgende Erklärung:

In ihrer Sitzung am 19. März hat die Reichstagsfraktion des Zentrums eine Erklärung angenommen, in der die Rede ist von den „einzelnen Zentrumszeitungen veröffentlichten, nach Form und Inhalt unverantwortlichen, persönlichen Verunglimpfungen. Hiesig stellvertretender Vorsitzender, des Abgeordneten Adam Stegerwald“.

Die Zeitungen, die gemeint sind, werden in dieser Erklärung nicht genannt. Die in Berlin tätigen Mitglieder der Zentrumspresse, die sich in erster Linie zu einer Stellungnahme berufen und verpflichtet fühlen, stellen hiermit fest, daß ihnen nicht ein einziges Zentrumsbüro bekannt ist, das zu der schweren Anklage, die die Reichstagsfraktion erhebt, Anlaß gegeben hätte. Ein in diesem Sinne gehaltenes Schreiben ist dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums zugegangen.

Stimmengewinn des Zentrums in Berlin.

Schon bei den letzten Wahlen hat man wahrnehmen können, daß sich die Zentrumsparlei in Berlin ganz außerordentlich gut gehalten hat. Diesmal ist trotz im allgemeinen geringerer Wahlbeteiligung die Stimmziffer des Zentrums in Groß-Berlin auf über 120 000 Stimmen gebracht worden gegenüber knapp 100 000 Stimmen bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924.

Ueberhaupt konnte man die Erfahrung machen, daß die Diaspora sich geradezu

heim, und nun haben sie auch ihr Stimmchen wieder entdeckt. „Hi, hi, hi!“ lacht das Hähnchen, und die Gänse antworten. Auf einem nahen Koll im Wiesengelände liegt es jetzt auch „Hi, hi, hi!“. Da sträubt das Männchen das Kopfgefieder, hebt sich senkrecht aus dem Wasser empor, schlägt mit den kurzen Flügeln, schiebt auf das Weibchen los, verfolgt es und läßt den pfeifenden trillernden Gesangstanz erklingen: „Wim-wim-wim!“ Da ruft es in der Nähe „Hi, hi, hi“. Ein zweites Geflügelpaar erscheint auf der Flanke. Die Hähnchen rudern aufeinander los, necken und beißen sich, schwimmen kurze Strecken über das Wasser hin und raufen sich; endlich verschwinden die Fremdlinge und brüden sich in eine andere Wucht des Wassers. Als die Nacht ihre Schatten über das Wasser lagerte, da verließen sie den stillen Winkel. Es war ein junges Pärchen das sich eine Heimat suchte.

Auf dem eben Sumpfe lag das Lächeln der Frühlingssonne, die aus Morast und Schlamm das Kieselglück wusch. Zwischen Schiff und Mauer dehnten sich die tiefen, freien Wasserflächen, in deren Tiefen sich Armleuchtergewächse und Krebschieren erhoben, zwischen denen ungezählte Kleinrentnerchen wummelte. In dieser Natur-Hölle reichlich Ruhe und Einseitigkeit die Hände. Hier gefiel es dem Geflügelpaar. In fast einem heimlichen Winkel mit schlammigem Untergrund und geringer Strömung trüb es sein Liebespiel. „Wim-wim!“ Wie das Männchen sich um das Weibchen dreht! Wie es den Hals reckt und wieder krümmt, bald flach, bald tief im Wasser liegt wie es mit den Wangen klopft! „Plumps!“ — da taucht es unter und steigt an der anderen Seite der Gattin wieder hoch, streckt sich empor, kräut das Kopfgefieder, und plumps ist es wieder für Augenblicke verschwunden.

Nun ruhen beide Vögel in der Mittagssonne auf dem Wasser. Die Auberflüge und das Köpfchen haben sie auf den Rückenflügel gelegt

und den Schnabel in die Federn gesteckt. In der Sonne läßt es sich gut träumen und schlafen. Dann puzen sie sich und ölen das Gefieder. Wie alle Taucherarten verschlingen sie die losen Federn, die im Magen die Nahrung umgeben. Wenn sie fertig sind, rudern, tauchen und schwimmen sie. Taucht ein Vogel, dann wacht der andere, und so fort, bis der Mond die Landschaft in sein Silberlicht hüllt. „Hi, hi, hi!“ Die Vogelwelt jubelt in Könen und Tränen und nicht sich mit ihren Verurteilungen in die geheimnisvollen Klänge des Sumpfes, die ein Ausfluß seliger, goldener Zeit sind. (Aus Otto: „Naturerzählungen“. Volksvereins-Verlag.)

## Badisches Landes-Theater.

### 9. Sinfoniekonzert.

Zur Bewältigung einer über das sonstige Mittelmaß hinausgehenden Aufgabe waren diesmal bemerkenswert wirksame Faktoren aufgetreten. Schumanns Werke in D-moll, Max Bruch, Brahms und Liszt begeisterten die ganze Linie, die nicht nur künstlerisch aufwärts, sondern diesmal ganz besonders auch geistlich emporführt und tief fassende Eindrücke über den Abend hinaus vermittelte. Den als am stärksten etwas verklärten Aprilabend, den Pianist Vitorio Ricci mit seinem dabei stehenden Gemimmel und Sinderhubengelärm zu bringen, ist man in solcher Höhenlage eher geneigt zu entschuldigen, wenn er auch in dieser Umgebung reichlich deplaziert erschien. Er hätte denn auch keine weiteren Folgen, als daß man mit einem nachsichtigen Lächeln quittierte. Schumann dagegen eröffnete lieblich die Programmfolge und löste im Jubelruf befehlend allzu indisch verstrickte Spannungen. In der Arie der Andromache aus Bruch's „Achilleus“ wurde man zum ersten Mal mit der vorzüglichen

die höchstmögliche Entfaltung eines hervorragenden Menschen bezieht, auf gewahrt bleiben, ohne doch dem wunderbaren Epochenreichtum allzu großen Schaden zu tun. So wurde in der Kummenschonung die harte Vielgestaltigkeit durch die Mannigfaltigkeit der Bewegungsrufen beherrscht und in den der klassischen Walpurgisnacht angelehnten Szenen nur auf das Galatheaest, die Vollendung des Homunculus bezichtigt. Die Zeit-Ginichiel und Zutate früherer Bearbeitungen wurden beseitigt und auch in der Szenenfolge dem Dichter Treue gewahrt. Lediglich die Szene der Wanto wurde als dramaturgisch gegebener Schluß ans Ende des zweiten Aktes verlegt, die Belehnung Faustens durch den Kaiser mit weniger Verfer aus der letzten Verwandlung des vierten Aktes zum Ausdruck gebracht.

Egenisch ist ein Ausgleich versucht worden zwischen der hier zu fordernden bildhaften Schau und der notwendigen Schnelligkeit des Szenenwechsels. Die Bühnenmusik wurde stark zurückgedrängt, der Schlussapothose eine Beeindruckende Komposition zugrunde gelegt. In dieser Gestaltung wird das Werk eine Spielwiese von ungefährt 4 1/2 Stunden haben, also einen Theaterabend von häufig vorkommender Ausdehnung beanspruchen.

Die Generaldirektion der Badischen Staatstheater hat zu Anfang des Jahres von Max Halbe die dramatische Legende „Schloß Teichsberg“ erworben, deren Aufführung im Reichstheater Mitte Mai, inszeniert von Kurt Stieler, nach Ausstattungsentwürfen von Bruno Goldschmitt und in Bühnenform von Wolf Sinnbach als Vorfeier zum 80. Geburtstag des Dichters gedacht ist. Der für Anfang Oktober in Aussicht genommene Zklus umfasst außer dem genannten Werk „Jugend“, „Der Strom“ und „Haus Rosenhagen“.

glänzend gehalten hat. Auch bei den Wahlen im Dezember war das schon der Fall. Das ist ein leuchtendes Beispiel, das sicherlich wert ist, in manchen Kreisen, in denen die Zentrumskräfte keinen so schweren Stand haben, beachtet zu werden.

Chronik.

Baden.

Durlach, 2. April. (Tödliches Unglück.) Als der verheiratete 62jährige Schühmacher Eugen Hofmann von Jöhlingen von einem noch in Gang befindlichen Führer, auf dem er ein Stück wegs mitgefahren war, absteigen wollte, stürzte er, erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot.

Bruchsal, 2. April.

(Der Odenwaldklub) wird hier am 23. und 24. Mai seine Hauptversammlung abhalten.

Plankstatt bei Schwetzingen, 2. April.

(Ein Opfer seines Berufs.) Ein im Dienst befindlicher Schutzmann wurde von einem Motorradfahrer umgefahren. Der Schutzmann erlitt einen schweren Beinbruch und erhebliche Kopfverletzungen. Der Motorradfahrer wollte in der Dunkelheit entkommen, wurde aber erkannt und sein Name wurde festgestellt.

Forstheim, 2. April.

(Eine Festnahme mit Hindernissen.) Die der Komit nicht entbehrt, nahmen in vergangener Woche zwei hiesige Polizeibeamte vor. Ein hiesiger harter Trinker sollte in eine Heilanstalt schon seit einiger Zeit eingeliefert werden, verstand es aber mit großem Geschick, sich dieser Maßnahme zu entziehen, so daß schließlich nur seine polizeiliche Sicherung übrig blieb. Aber auch diese stieß, da man den Mann nie antrof, auf Hindernisse, bis sich schließlich 2 Beamte eines Abends auf die Lauer legten und dem Spätheimkommenden in seine Wohnung folgten, um ihn mitzunehmen. Aber so leicht sollte dies nicht gehen. Der Mann ging trotz in sein Zimmer und flüchtete von hier durch das Fenster auf das Dach. Die verfolgten Polizeibeamten, die alsbald bemerkten, daß eine Flucht über die Dächer für den Ausreißer unmöglich war, da eine hohe Giebelmauer den Weiterweg abschnitt, blieben ruhig an den Dachfenstern und machten den Flüchtling darauf aufmerksam, daß er ja doch den gleichen Weg zurück müsse, wie ihn daher ruhig erwarten könnten. Da könnt ihr lange warten, frag es zurück, was mit mir haben Zeit beantwortet wurde. Und dann ließen sich beide Teile, der eine auf dem Dachstuhl, der andere am Dachfenster häuslich nieder, der Dinge harrend, die da kommen sollten. Nun war es aber in der Nacht ziemlich kalt, was der Dachwächter viel rascher spürte, wie seine Verfolger und schließlich sah der Besetzte ein, daß er es doch nicht auf die Dauer auf seinem luftigen Sitze aushalten konnte und begab sich freiwillig in die Obhut seiner Verfolger, worauf alle drei befriedigt den Weitermarsch antraten.

Durbach bei Offenburg, 2. April.

(Wagen in Trümmer.) Als drei Hannover Landwirte sechs Festmeter Langholz auf einer Kurre heimführen wollten, versagte plötzlich die Bremse und die schwere Last war nicht mehr aufzufangen. Die Männer konnten noch im letzten Augenblick beiseite springen. Der Wagen selbst ging in Trümmer.

Die Schneelagen im Schwarzwald

haben auf den Südlagen schon erhebliche Einbußen erlitten und sind teilweise schon bis in Höhen von tausend Metern beinahe ganz verschwunden, soweit es sich um offene Flächen handelt. Im Gegensatz dazu stehen die Nordseiten, wo beispielsweise auf den Föhnhängen in den Schattentälern noch so viel Schnee liegt, daß der Verkehr noch nicht wieder möglich geworden ist. Aus diesem Grunde ist es jetzt noch nicht möglich gewesen, den Kraftpostverkehr zwischen Furtwangen und Triberg wieder aufzunehmen, weil auf der nach Norden schauenden Triberger Seite die Schneelage noch zu stark ist, während umgekehrt die offener liegende Straße Furtwangen-Gütenbach-Simmelsbach die Aufnahme des Postverkehrs wieder erlaubt.

Aus anderen deutschen Staaten.

Kaiserslautern, 2. April.

(Elektronen.) In einem seit einer Reihe von Jahren verlassenem Festeller wurde ein menschliches Skelett aufgefunden. Die gerichtliche Untersuchung ergab, daß es sich um eine ältere männliche Person handelt. Es wurden keinerlei Anhaltspunkte gefunden, wovon der Mann eines gewaltsamen Todes gestor-

ben ist. Wahrscheinlich handelt es sich um einen bagabundierenden Obdachlosen, der in dem Festeller Unterschlupf suchte und darin gestorben ist.

Landau, 2. April.

(Ein böllig erschöpftes 8jähriges Mädchen) aus Kaiserslautern wurde auf die hiesige Polizei gebracht. Das Kind war aus Furcht vor Schlägen von zu Hause fortgelaufen.

Die Ursache des Reichswehr-Unglücks.

Münster, 2. April.

Ueber das Fährnglück auf der Weser gibt das Wehrkreis-Kommando 6 folgende Darstellung: Am 31. März, vormittags, fand eine Feldübungsübung von Teilen der 6. Division im Gelände zwischen Hauberg und Veltheim statt, bei der auch die Ueberführung über die Weser durch das Pionierbataillon 6 zu üben war. Es war dabei eine Gierfähre an der Fährstelle von Veltheim gebaut worden. Um 7 Uhr 20 Min. vormittags waren bereits vier Fahrten glatt verlaufen. Bei der fünften Fahrt um 10 Uhr vormittags wurde die Fähre erneut mit etwa 150 Mann beladen. Ueber das Unglück haben die in der Nacht vom 31. März zum 1. April und am 1. April vormittags angestellten Ermittlungen ergeben, daß weder im Bau noch im Betrieb der Fähre irgendwelche Fehler vorgekommen sind. Auch hat sich die Belastung unter der zulässigen Höchstgrenze gehalten. Der Grund des Unglücks ist vielmehr in einer gewissen Panik zu suchen, die entstand, als mitten im Strom einige Wellen über den Rand des einen Pontons gingen und darauf der Ruf ertönte: „Wasser im Ponton.“ Durch das Gedränge der Mannschaften nach der einen Seite wurde daraufhin tatsächlich ein Ponton unter Wasser gedrückt. Ein Teil der Mannschaften kam ins Gedränge und in den Strom. Das Unglück entstand kurz darauf dadurch, daß als ein Rettungsboot an die abtreibende Fähre heranfuhr, trotz der Ermahnung eines auf der Fähre mitfahrenden Pionieroffiziers alles in das Boot zu springen suchte. Dadurch kam die Fähre zum Sinken und das Boot zum Kentern. Alle Sicherheitsmaßnahmen (Vereisigen von Pontons, Rettungswärter, Leinen usw.) waren richtig getroffen. Militär- und Zivilpersonen mitwirkten beim Rettungswerk. Die Hilfeleistung der Zivilbevölkerung verdient besondere Anerkennung.

Das Belieid des österreichischen Heeres.

Wien, 2. April. Der Bundesminister für das Heereswesen, Raugrin, hat an den Reichswehrminister Dr. Gessler nachstehendes Telegramm gerichtet: Tief erschüttert von den Nachrichten über das schwere Unglück auf der Weser bitte ich Sie, im Namen des österreichischen Bundesheeres die Versicherung aufrichtiger kameradschaftlicher Teilnahme an der Trauer der Reichswehr entgegenzunehmen.

Karlsruhe

den 3. April 1925.

Das Pferd als wirtschaftlicher Faktor.

Ueber diesen Gegenstand sprach am Dienstag im Hotel „Germania“ auf eine Einladung des Landesverbandes für Zucht und Kräftigung des badischen Pferdes hier Freiherr von Golling-Versteil. Er ist ein Kenner des Pferdes, sowohl des Sports als auch des Nutzpferdes. Schon lange demüht man sich, eine Pferdebegeisterung zu bekommen, die den volkswirtschaftlichen Anforderungen von heute genügt. Der Referent gibt nach einer kurzen Darlegung über die Entstehung der verschiedenen Rassen des Pferdes zunächst in kurzen Ueberblick Bilder derjenigen Zuchten, die auf besondere, auch sportliche Zwecke hin in verschiedenen Ländern betrieben worden sind. Der Araber, das englische Vollblutpferd werden genannt, wobei interessiert, daß Teile dieses Blutes auch in unseren schweren Oldenburgerischen Landwirtschaftspferden nachweisbar sind. Die Traber Amerikas und Australiens erscheinen, die erstaunliche Trabbewegung des Gadenes verblüfft. Dann das Wichtigste, die Zuchten für den landwirtschaftlichen und gewerblichen Gebrauch. Pferde für diesen Zweck heranzuzüchten, ist heute die Aufgabe der gesamten deutschen Zucht. Also Zuchtziele. Hat die motorische Kraft das Zugpferd ersetzt? Wird sie es ersetzen? Sie hat das schnelle Gespann verdrängt. Sie hat einen Teil des schwersten Schrittzuges übernommen. Im badischen Kleinreiß wird vorerst das Pferd nicht durch den Motor ersetzt werden können, auch in der Waldwirtschaft nur schwer. Es liegt noch nicht so, daß es berechtigt wäre, das Pferd zu vernachlässigen. Die deutschen Pferdezüchter haben seit dem Krieg eine vorher unge-

kannte Regelmäßigkeit und große Fortschritte in allen Ländern entwickelt. Unser Ziel: Ein vielseitig brauchbares Zugpferd für Landwirtschaft und Gewerbe zu züchten. Die Gebrauchszwecke sind aber verschieden und so kann nicht ein Schlag für alle Gegenden und Betriebe in Deutschland das Beste sein. Es handelt sich hauptsächlich um einen Gegensatz: Kaltblut- und Warmblutpferde. Das Wesen und die Unterschiede dieser Gruppen werden an Bildern erläutert. Die Anhänger dieser Richtungen befanden sich. An Bildern wird nachgewiesen, daß diese Schläge in Baden gar nicht so verschieden sind. Es werden dann die Pferdeschläge vorgeführt, die für Baden in Betracht kommen. Es fällt auf, daß der heutige Oldenburger, Hannoveraner und Preuze viel härtere, zugfähigere Tiere sind als früher. Den Bildern der Urpferde aus Belgien, Rheinland und Oldenburg schließen sich die Bilder von in Baden geborenen Pferden dieser Schläge an. Der Eindruck ist der, daß es wohl möglich ist, in Baden den Rheinisch, Belgischen und den Oldenburgerischen Schlag, sowie den Oldenburger-Schwarzschlag mit gutem Erfolg weiter zu züchten. Die Begriffe der Kreuzung, der verwertlichen Kreuzung, der Verdrängungskreuzung werden schematisch verdeutlicht. Die neuesten Maßnahmen der Regierung zur Zuchtverbesserung werden dargestellt und wichtige Tabellen über Aufzuchtverhältnisse gegeben. Zum Schluß wird der Regierung gebittet für ihre tatkräftige Unterstützung der pferdezüchterischen Bestrebungen. Aber das Wichtigste bleibe die Selbsttätigkeit der Zuchtgenossenschaften. Strenge gesetzliche Vorschriften, die aber aus der eigenen Erkenntnis der Züchter herauszuwachsen müßten — das sei die Grundlage erfolgreicher Zucht in den züchterisch besten Ländern gewesen.

Die Protestversammlung gegen die Tarifpolitik der Altbahndirektion gegen die Bürgerverein Ruppurr am Mittwoch im „Eichhorn“. Die Versammlung, die außerordentlich gut besucht war, wurde von Herrn Oberstadtrat Dr. Kistner, dem Vorsitzenden des Bürgervereins, eröffnet. Dieser ging auf die Frage der Erhöhung der Monats- und Wochenarbeitspreise (siehe „B. B.“ Nr. 91) der Altbahnen ein. Die Versammlung nahm zum Schluß einstimmig folgende Entscheidung an: 1. Die am 1. April 1925 im Saale des „Eichhorn“ in sehr großer Zahl anwesenden Einwohner von Ruppurr weisen die von der Direktion der Altbahnen beantragte Erhöhung des Preises der Monatskarten von 7.20 Mark auf 12 Mark, d. i. um mehr als 66 Prozent, mit Entrüstung zurück. 2. Die Versammlung hält die Altbahndirektion nicht für zuständig und berechtigt, von sich aus Veränderungen der Vereinbarungen über den Gemeinschaftsstarif mit der Stadt Karlsruhe zu treffen und lehnen den von ihr gezeigten Vergleich mit andern nachträglich an das Straßenbahngesetz angefügten Vorschlägen ab. 3. Die Versammlung vermahnt sich dagegen, daß die Altbahndirektion entgegen den bestehenden Vorschriften Versuche unternimmt, die Bewohner von Ruppurr in Tariffragen schlechter zu behandeln als die Bewohner der übrigen Stationenorte. Es muß unbedingt erwartet werden, daß die Altbahndirektion einheitlich verfährt. 4. Es wird erwartet, daß die Altbahndirektion endlich mindestens den Friedensfahrplan einhält und gemäß ihrer Konzeptionsverpflichtungen bei Festlegung der Fahrpläne usw. auf die bestehenden Verkehrsbedürfnisse mehr Rücksicht nimmt. 5. Die Versammlung bittet die zuständigen Organe der Reichsbahndirektion als Aufsichtsbehörde und die Stadverwaltung der Umwidlung des Verkehrs und der Erledigung der Tariffragen bei der Altbahn größte Aufmerksamkeit zu schenken, damit ihre Kompetenzen nicht verletzt oder umgangen werden können.

Das Simultanpiel des Schachweltmeisters Dr. Lasker fand unter Anteilnahme einer größeren Anzahl von Schachfreunden statt. Der spanische Kampf an 30 Brettern fand nach 5 1/2 Stunden seinen Endpunkt mit 24 Siegen für Dr. Lasker, 1 Verlust, Willy Weizinger, und 5 unentschiedenen Spielen, Ebeling, Dr. Mansbach, Nibel, Unterwagner, Th. Weizinger.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen der Linie 1 und einem Lastkraftwagen erfolgte am Mittwoch an der Kreuzung von Wald- und Kaiserstraße. Letzterer wurde leicht beschädigt.

Fahrplanänderungen. Vom 5. April an treten nachstehende Fahrplanänderungen ein. Die Gültige 275 Mannheim ab 11.50 vorm., Wiesbaden an 1.44 nachm. und 276 Wiesbaden ab 3.22 nachm., Mannheim an 3.25 nachm. fallen aus. Ersatzverbindungen hierfür bestehen künftig durch die Schnellzüge D 87 und D 104. Auf der Strecke Karlsruhe-Magau wird der Zug 1328 bisher Magau ab 7.23 nachm. durchweg 20 Minuten früher gelegt. Geändert wird außerdem Zug 1329 Karlsruhe ab 7.30, Magau an 7.48 nachm. Zwischen Appenweier und Neßl verkehrt der Zug

649 bisher Appenweier ab 11.28 vorm. früher, und zwar Appenweier 11.27, Neßlschurft 11.35, Neßl 11.41, Neßl an 11.48.

Einbruch. Aus einem Laden im Stadtteil Ruppurr wurden in der Nacht vom 31. März gestohlen: 2 Spediteen im Gewicht von etwa 10 Kilogramm, verschiedene Wurstwaren, etwa 400 Stück Eier und ein Fahrrad mit Motorradspeichen.

Selbstmord. In der Südwaldstraße hat sich am Mittwoch ein 62 Jahre alter verwitweter Eisenbrecher in der Küche seiner Wohnung aus bisher noch unbekanntem Grunde durch einen Revolverstoß oberhalb der rechten Schläfe entleibt.

Veranstaltungen.

Mannheimer Volkskammer. Der Chor der Volkskammer von Mannheim gibt am Sonntag, den 5. April, vormittags 11 1/2 Uhr, im großen Festsaal unter dem Titel „Das deutsche Volkslied“ ein capella Konzert. Die Volkskammer ist eine Vereinigung von Kunstbegeisterten Sängern und Sängerinnen, die in der Musikwelt sich schon einen guten Namen erworben haben. Der große Gesangschor, welcher in einer Anzahl von nahezu 500 Personen am Sonntag früh per Extrazug hier eintrifft, ist für Karlsruhe ein besonderes Ereignis und dürfte schon aus diesem Grunde das Karlsruher Publikum sein Interesse dieser Sache zuwenden. Außer dem großen gemischten Chor wird noch die Männervereinigung des dortigen Nationaltheaterorchesters mitwirken mit einem Mozart-Quintett Werk 452. Es sind Karten in allen Preislagen zu haben und soll es für Karlsruhe eine Ehrentat sein, durch zahlreichen Besuch den Gästen unserer Nachbarstadt in ihrer unermühtigen Kunstbegeisterung zu unterstützen. Die geschäftliche Leitung liegt in den Händen der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiser-, Ecke Waldstr.

Carl Gadesow. Heute, Freitag, den 3. April, abends 8 Uhr, tanzt im Konzerthaus Carl Gadesow, der berühmte Tänzer, unter Mitwirkung von Irma Kumanowa. Gadesow gab vor einigen Tagen einen Abend im überfüllten Wühler-Saal in Berlin. Das „Berl. Tageblatt“ schreibt: Im Gegensatz zu fast allen Tänzern, die stets aus einer stark femininen Komponente heraus arbeiten, bleibt Carl Gadesow typisch männlich, schafft aus seinem schönen, durchgearbeiteten Körper in vollendeter Technik und Beherrschung der Schwungbewegung. Höchste Forderung des Tanzes ist also hier erfüllt. — Auch in Karlsruhe zeigt sich starkes Interesse für diesen einzigartigen Künstler. Es sind aber immer noch Karten in allen Preislagen bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 39, eine Treppe, bis abends 6 Uhr erhältlich, Abendkasse ab 7 1/2 Mkr.

Handel und Volkswirtschaft.

Berlin, 2. April.

Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

	1. April	2. April
Gold	167.24	167.24
Brief	169.49	169.31
Buen-Aires	1.60	1.61
Brüssel	21.37	21.24
Oslo	66.02	64.77
Kopenhagen	76.90	74.70
Stockholm	113.04	113.04
Helsingfors	10.56	10.56
Italien	17.38	17.42
London	20.04	20.04
New-York	4.19	4.20
Paris	22.00	22.54
Schweiz	80.90	81.10
Spanien	58.83	59.78
Lissabon	19.97	20.02
Japan	1.73	1.73
Rio de Jan.	0.44	0.44
Wien	58.09	58.17
Prag	12.43	12.45
Jugoslawien	6.77	6.81
Budapest	5.80	5.85
Sofia	3.05	3.06
Danzig	79.77	79.85

Börsenbericht.

Berlin, 2. April. Die heutige Berliner Börse eröffnete wieder in ihrer bisherigen Lustlosigkeit. Bei Beginn des Verkehrs wurden auf mehreren Marktgebieten anscheinend Exekutionsverkäufe vorgenommen, die man in Zusammenhang brachte mit der augenblicklich schwierigen Lage einer Anzahl Warenhandelsfirmen und der mehr oder weniger kritischen Situation am Getreidemarkt. Die Spekulation benutzte aber die teilweise erheblichen Abschwächungen zu Rückkäufen, die dem Markt gegen Schluss der ersten Börsensunde ein lebhafteres Bild gaben. Mehrfach konnten daher die ersten Notierungen die Schlusskurse des Vortages überschreiten. Immerhin blieben die Umsätze unverändert minimal, da die Geschäftstätigkeit ziemlich allein von der Spekulation bestritten wird. Die schwierige Gestaltung der Handelsvertragsbesprechungen in Paris, die Notlage des deutschen Bergbaues, die auch in den gestrigen

Ebersberger & Rees, Klein-Verkauf. Inhaber: Chr. Spanagel, Kronenstrasse 48. Oster-Ausstellung in ff. Trink-, Creme- u. Dessert-Eier verschiedenster Füllung. Garnierte Osterkörbchen Porzellaneier und Atrappen Bonbonieren Reichhaltigste Auswahl Billigste Preise. Um frühzeitigen und besonders Vormittag-Einkauf wird gebeten.

Preiswerte Oster-Angebote in unserem Zweiggeschäft, Kaiserstraße 113. Herren-Wäsche, Trikotasen, Strumpfwaren, Herren-Socken, Handschuhe. W. Boländer.



**Harmonium**  
 2 Reg. . . Mk. 236.  
 9 Reg. . . Mk. 297.  
 13 Reg. . . Mk. 411.  
 Zahlungsverleicherung  
 Frankkolleierung.  
**Karl Lang**  
 Karlsruhe i. B.  
 Kaiserstr. 167/1 Tel. 1072  
 Salamanderschuhhaus

**Schulranzen  
Schulmappen**  
 sehr preiswert  
 Grotfr. Ditschinger  
 vorm. B. Mlotter,  
 Sattlerei  
 Kronenstr. 25.

**Arbeiter**  
 2288 kaufen ihre  
 bl. Arbeitskleider  
**Hosen**  
 Windjacken,  
 Anzüge, Mäntel,  
 Nachjacke, Gamaschen,  
**Koffer**  
**Kinderranzüge**

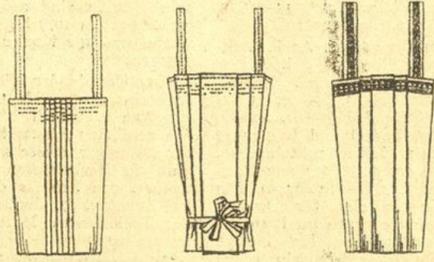
sehr preiswert bei  
**Maier,**  
 Wendelslohplatz.

**Mobl. Zimmer**  
 mit 2 Bett, edl. voller  
 Pension für 2 jüngere  
 Herren auf sofort ge-  
 sucht. Angeb. unt. 1840  
 an die Gedächtnisstelle.

# Billige Damen-Wäsche

## Preise für die Osterwoche

- Damen-Trägerhemd mit Feston . . . . . 1.00
- Damen-Trägerhemd mit Hohlsaumhördchen . . . . . 1.60
- Damen-Taghemd Achselschluß m. breiter Stick. . . . . 2.45
- Damen-Trägerhemd mit Stickerei Einsatz . . . . . 3.00
- Damen-Nachthemd m. Hohlsaum a. gut. Cretonne . . . . . 2.60
- Damen-Nachthemd reich bestickt, volle Größe . . . . . 3.25
- Damen-Nachthemd mit reicher Stickerei . . . . . 3.75
- Damen-Nachthemd mit langen Aermeln . . . . . 4.50



Hemd Handarbeit, (Macco) 7.75  
 Untertaile Jumper (Opal) 6.75  
 Untertaile Kasak 80 cm lang 3.00

- Reform-Rock mit Stickerei . . . . . 3.25
- Reform-Rock mit Hohlsaum . . . . . 3.50
- Reform-Rock elegante Ausfahr. mit Hohlsaum-Stickerei . . . . . 4.75
- Reform-Rock m. breit. Stickerei . . . . . 5.75

- Reform-Rock (Macco-Batist) mit Valenciennes . . . . . 10.50
- Reform-Rock Macco-Batist Handarbeit u. Valenciennes . . . . . 16.50
- Dam.-Nachthemd (Macco) Handarbeit und Valenciennes . . . . . 14.50
- Dam.-Nachthemd (Macco) Handarbeit reich bestickt . . . . . 15.00
- Garnitur 2-teilig, Macco-Batist, Hemd u. Beinkleid, m. Klöppelst. . . . . 13.00
- Garnitur 2-teilig (Macco) Hemd u. Beinkleid, Handarbeit und Valenciennes . . . . . 16.00
- Garnitur 2-teilig (Opal) Hemd u. Beinkleid, Handarbeit . . . . . 17.00
- Reform-Röcke Tricot Kunstseide . . . . . 5.75

- Hemd hose (Windelform) Hohlsaum . . . . . 3.25
- Hemd hose Windelform mit breiter Stickerei . . . . . 4.25
- Hemd hose (Batist) mit Windelform . . . . . 6.50
- Hemd hose (Macco) m. Klöppel-einsatz, Windelform . . . . . 12.75
- Damen-Beinkleid geschloss. m. Hohlsaumhördchen . . . . . 1.60
- Damen-Beinkleid m. Volant und Feston geschl. . . . . 2.00
- Damen-Beinkleid geschl. m. häbscher Stickerei . . . . . 2.50
- Damen-Beinkleid Handarbeit . . . . . 3.00

- Untertaillen m. Träger und Klöppelspitzen . . . . . 0.95
- Untertaillen mit breit. Träger u. Stickerei . . . . . 1.40
- Untertaillen mit breit. Träger, reiche Stick. . . . . 1.90
- Untertaillen (Kasak) mit Stick. 80 cm lang . . . . . 3.75

### Kinderwäsche

- Reformröckchen 45 cm 80 cm reicher Stick. in all. Größ. . . . . 1.75 4.00
- Kinder-Hemden mit Feston od. Stickerei in allen Größen . . . . . 0.70 2.90
- Kinder-Beinkleider mit Stickerei in allen Größen . . . . . 1.25 2.60

### 5 Serien reinleinen Taschentücher

mit kl. Webfehlern und versch. Hohlsäumen, Bielefelder Fabrikat, bedeutend unter Preis, solange Vorrat reicht

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
0.95	1.10	1.25	1.50	1.65

### Schlafanzüge

in jeder Preislage und Größe

# KNOPF

### MODE-KORSETT

R-H in allen Ausführungen

### Korsetten

- Hüftformer aus gutem Gummi mit Halter . . . . . 1.95
- Hüftkorsett aus gut. Drell mit Halter . . . . . 2.45
- Korsett moderne Form, starker Drell in verschied. Farben . . . . . 3.25
- Korsett für starke Damen guter Sitz . . . . . 6.75

Sämtliche **Farben Lacke etc.**  
 gebrauchsfertig 1704  
 für Anstriche aller Art  
**Farbenhaus Hansa**  
 Waldstrasse 15 beim Colosseum

Von jetzt bis Ostern  
**Großer Sonder-Verkauf**  
 in  
**Kinderranzen  
 Klappwagen  
 Leiterwagen  
 Rohmöbel  
 Korlwaren**  
 zu außerordentl. bill. Preisen  
**J. HESS, Kaiserstraße 123.**  
 Prompter Versand nach auswärts.  
 Katalog gratis und franko. 2 29

**Schlafzimmer - Bilder**  
 Preiswert. Bilder für alle Räume. Einrahmungen  
 Schlafers Kunsthandlung. Kaiserstr. 38

**Alteinnädchen**  
 Eicht, zuverlässiges  
 geleschen Alters, in allen  
 Hausarbeiten einschließl.  
 Kochen erfahren, zu 11  
 Familie gesucht. Weib-  
 frau vorhanden. Zeit-  
 gemäßer Lohn. Eintritt  
 möglichst bald. 1994  
 Frau Direktor Johner,  
 Karlsruher, Steinstr. 19.

**Photo's**  
 für  
 Bälle, Fahrkarten  
 und Offerten  
 Schußstr. 606  
**Rausch & Pester**  
 Photogr. Atelier  
 Erbprinzenstraße 3

**Pianos** preiswert  
**Pianohaus Scheller**  
 Rudolfsstraße 1, 111.

Ein prächtiges  
**Primiz-Geschenk**  
 ist  
**Warrer Franz Dor**  
**Hirtentreue**  
 Neue Lebensbilder aus dem Alerus mit 12 Porträts  
 in Geschenkband gebunden Mf. 7.50  
 Diese Lebensbilder aus dem Alerus der  
 Erzdiözese Freiburg geben einen inter-  
 essanten Einblick in das opfervolle  
 Geistesleben, sie zeigen, wiech erfolg-  
 reiche Lebensarbeit auf religiösen,  
 sozialen und karitativen Gebieten ein-  
 dieser leistet.  
**Badenia A.G.** für Verlag Karlsruhe  
 u. Druckerei

Die grosse **Colosseum**  
 Täglich abends 8 Uhr  
 u. Anderem 2294  
**Das Verschwinden**  
 eines lebend. Pferdes  
**Meoma**  
 der künstliche Mensch.

**Oster-Geschenke**  
 Patent- u. Kommunikanten-  
 Geschenke 2296  
 in Gold- und Silber-  
 waren, Taschen-  
 uhr, Tafelbestecke  
 empfiehlt billig  
**Christ. Fränke**  
 Goldschmied  
**Karlsruhe**  
 Kaiser-Passage

**Pianos  
Sprech-  
Apparate**  
 billig! billig!  
 Auch Teilzahlung  
**G. KUNZ**  
 Kronenstr. 10.

Einfache Bau- und  
**Möbel**  
 kaufen Sie preiswert  
 in solider Ausführung  
 bei der  
**Nebenstelle des Bad.**  
**Baubundes G.m.b.H.,**  
 Schloßplatz 15  
 Eingang Karl-Friedrichstraße

**Badischer  
Schwarzwald-  
Berein**  
 Ortsgruppe Karlsruhe.  
 Monatsblatt 3 sollte  
 bei Herber, Herren-  
 strasse 34, abgeholt  
 werden. Wir bitten,  
 sich dieser kleinen Wähe  
 zu Gunsten der Vereins-  
 kasse zu unterziehen,  
 im Hinblick auf jene  
 Mitglieder, die viel  
 Zeit und Geld auf-  
 wenden, um die Be-  
 lange des Vereins zu  
 fördern. 2294

**Badisches  
Landestheater**  
 Karlsruhe, den 3. April  
 1925, 19-20. 1-300 1301515  
 7000, Wolfr. 8  
**Maurer u. Schiffer**  
 sämtliche Opern in 8 Akten nach  
 Schiller, von R. Elmendorff,  
 Wähe von Weber.  
 Mitwirk.: Hans Wolf,  
 In Szene gesetzt v. Siffard  
 Personen:  
 Leon Reumig  
 Irma Stecher  
 Roger Peters  
 Kapelle Gunde  
 Genette Schöffel  
 Johanna Wenzel  
 Madame Bertrand Mofelt  
 Hubert Dr. Buchersberg  
 Rita Sander  
 Ein Wirt Steindub  
 Erster Revisor Rindsch  
 Zweiter Vogel  
 Anfang 7 1/2 Uhr  
 Ende nach 9 1/2 Uhr  
 Preise:  
 Gering 1. Abt. 7 2294

**Eine neue** **ist auch für Sie von weitgehendster Bedeutung!**  
 Wird doch mit jedem neuen Geschäft unsere an und für sich schon enorme Einkaufskraft wesentlich erhöht.  
 Wir kommen in die Lage, noch billiger einzukaufen, noch billiger zu verkaufen.  
**Der Vorteil ist Ihrer!**  
 Daran denken Sie, wenn Sie keine Erklärung dafür finden, wenn wir  
 bei **geringster Anzahlung** bis zu **6 Monaten** noch  
 auf **Teilzahlung** zu **billigsten Preisen** verkaufen können.  
**Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft, Th. Lucas & Co., Karlsruhe**  
 Kronenstrasse 40, Ecke Markgrafenstrasse.  
**Das Mode-Kaufhaus für Herren, Damen u. Kinder.** **Kaufe gleich, zahle später!**